BSPC

Baltic Sea Parliamentary Conference

Bericht 2021 des Berichterstatters über Munitionsaltlasten

BSPC
Baltic Sea Parliamentary Conference

Bericht 2021 des Berichterstatters über Munitionsaltlasten

Bericht 2021 des Berichterstatters über Munitionsaltlasten

© Berlin, Rostock, Schwerin 2021

Text: Peter Stein
Layout: produktionsbüro TINUS
Editing: Bodo Bahr, Mathias Rinck
Photos: BSPC Secretariat

Baltic Sea Parliamentary Conference
Bodo Bahr
Secretary General
+49 171 5512557
bodo.bahr@bspcmail.net
www.bspc.net

BSPC Secretariat
Schlossgartenallee 15
19061 Schwerin
Germany

The Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) was established in 1991 as a forum for political dialogue between parliamentarians from the Baltic Sea Region. BSPC aims at raising awareness and opinion on issues of current political interest and relevance for the Baltic Sea Region. It promotes and drives various initiatives and efforts to support a sustainable environmental, social and economic development of the Baltic Sea Region. It strives at enhancing the visibility of the Baltic Sea Region and its issues in a wider European context.

BSPC gathers parliamentarians from 11 national parliaments, 11 regional parliaments and 5 parliamentary organisations around the Baltic Sea. The BSPC thus constitutes a unique parliamentary bridge between all the EU- and non-EU countries of the Baltic Sea Region.

BSPC external interfaces include parliamentary, governmental, sub-regional and other organizations in the Baltic Sea Region and the Northern Dimension area, among them CBSS, HELCOM, the Northern Dimension Partnership in Health and Social Well-Being (NDPHS), the Baltic Sea Labour Forum (BSLF), the Baltic Sea States Sub-regional Cooperation (BSSSC) and the Baltic Development Forum.

BSPC shall initiate and guide political activities in the region; support and strengthen democratic institutions in the participating states; improve dialogue between governments, parliaments and civil society; strengthen the common identity of the Baltic Sea Region by means of close co-operation between national and regional parliaments on the basis of equality; and initiate and guide political activities in the Baltic Sea Region, endowing them with additional democratic legitimacy and parliamentary authority.

The political recommendations of the annual Parliamentary Conferences are expressed in a Conference Resolution adopted by consensus by the Conference. The adopted Resolution shall be submitted to the governments of the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU, and disseminated to other relevant national, regional and local stakeholders in the Baltic Sea Region and its neighbourhood.

Inhalt

1. Einleitung . . . 5
2. Resolution der 29. BSPC vom 24. August 2020 / Punkt 15 . . . 6
3. Umsetzung der 29. BSPC-Resolution durch die Staaten . . . 7
4. Fragebogen zu Munitionsaltlasten in der Ostsee . . . 7
5. Antrag im Deutschen Bundestag . . . 8
6. Aktivitäten auf Ebene der Europäischen Union . . . 9
   6.1. Schriftwechsel mit der EU Kommission . . . 9
   6.2. Beschluss des Europäischen Parlaments . . . 10
7. Vorstellung der Ergebnisse von DAIMON 2 im September 2021 . . . 10
8. HELCOM-Ministerkonferenz am 20. Oktober 2021 – Überarbeitung des BSAP . . . 11
9. Kiel Munition Clearance Week . . . 12
10. Initiative zur gemeinsamen Planung der Forschungsprogramme im Bereich „Intakte und fruchtbare Meere und Ozeane“ – JPI Oceans . . . 13
11. Handlungsempfehlungen . . . 14
12. Fazit . . . 16
13. Quellenverzeichnis und Literaturhinweise . . . 17
14. Anlagen . . . 19
   14.1. Stellungnahmen zu Punkt 15 der Entschließung der 29. BSPC . . . 19
      14.1.1. Dänemark . . . 19
      14.1.2. Estland . . . 19
      14.1.3. Deutscher Bundestag . . . 19
      14.1.4. Hamburg . . . 19
      14.1.5. Lettland . . . 20
      14.1.6. Mecklenburg-Vorpommern . . . 20
      14.1.7. Polen . . . 20
      14.1.8. Schleswig-Holstein . . . 20
      14.1.9. Schweden . . . 23
   14.2. Schreiben an EU-Kommissar Virginijus Sinkevičius . . . 24
   14.3. Antwortschreiben von EU-Kommissar Virginijus Sinkevičius . . . 26
   14.4. Schreiben EU-Parlamentarier an EU-Kommissionspräsidentin . . . 28
   14.5. Schreiben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen . . . 31
   14.6. Beschuss des Europäischen Parlaments . . . 33
   14.7. Fragebogen für die BSPC-Mitglieder zu Munitionsaltlasten in der Ostsee . . . 38
   14.8. Antworten auf den Fragebogen . . . 40
      14.8.1. Polen . . . 40
      14.8.2. Russland . . . 43
      14.8.3. Schweden . . . 44
   14.9. Antrag im Deutschen Bundestag . . . 47

1. Einleitung

Peter Stein

Dieser Bericht meiner Tätigkeit als Berichterstatter der BSPC für Munitionsaltlasten im Meer baut auf meinem letztjährigen Zwischenbericht[1] auf und ist als zweiter Teil zu verstehen. Die grundlegenden Aspekte rund um die Problematik wurden bereits im 1. Teil, im Zwischenbericht, behandelt und sie sind weitestgehend noch aktuell, allerdings gibt es in technologischer und wissenschaftlicher Hinsicht neuer Entwicklungen und Erkenntnisse. Hinsichtlich der Darstellung der Problemlage sowie der Dringlichkeit des Handlungsbedarfs hat sich nichts geändert. Im Gegenteil: es ist ein weiteres Jahr vergangen. Dieser Bericht gibt mir die Gelegenheit, auf die aktuellen Entwicklungen einzugehen und die wichtigsten Punkte erneut deutlich hervorzuheben. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der am 20. Oktober 2021 in Lübeck, Deutschland, stattfindenden HELCOM-Ministerkonferenz von Bedeutung.

Nahezu der gesamte Zeitraum seit meiner Wahl zum Berichterstatter für Munitionsaltlasten im November 2019 stand unter dem Einfluss der Covid19-Pandemie. Internationale Kontakte mit den Experten im Ostseeraum konnten bis zuletzt nicht in der von mir gewünschten Weise geführt werden. Mit Hilfe Digitaler Meetings, Telefonate und Schriftwechsel war es dennoch möglich, einen regelmäßigen und teils sehr intensiven Austausch mit einigen Expertinnen und Experten aus den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Verbände, Politik und öffentlicher Verwaltung sowie aus Wirtschaft und Industrie zu pflegen.

Ich kann feststellen, dass viele der Experten aus Wissenschaft und Forschung im Ostseeraum und darüber hinaus hervorragend miteinander vernetzt sind. Es gibt eine landes- und sektorenübergreifende Munitions-Community, in der man sich kennt und ein gemeinsames Ziel verfolgt. Ich muss aber auch feststellen, dass es bisher nicht gelang, die verstärkt in den letzten Jahren gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die neuesten technologischen Entwicklungen und die ansteigende Dringlichkeit nachhaltig und flächendeckend auf die politische Tagesordnung zu setzen. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Sie liegen nicht in mangelndem Engagement seitens Wissenschaft und Verbänden begründet, sondern vielmehr darin, vorhandenes Wissen aus den Expertenkreisen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. An dieser Stelle möchte ich all jenen Akteuren meinen Dank zum Ausdruck bringen, die mich während der letzten beiden Jahre mit ihrer Fachexpertise großzügig unterstützt und Informationen bereitwillig mit mir geteilt haben. Mein herzlicher Dank gilt auch unserem Generalsekretär

1 https://www.bspc.net/bspc_interim-report-on-sea-dumped-munitions-for-the-29th-bspc/

Bodo Bahr, der mich in vielfältiger Weise mit Rat und Tat unterstütz hat und mir die Durchführung meiner Berichterstattung so wesentlich erleichtert hat.

Meine Aufgabe als Mitglied und Berichterstatter der BSPC sowie als Bundestagsabgeordneter habe ich bei dem Thema Munitionsaltlasten stets auch so verstanden, im politischen Raum mehr Bewusstsein für die Dringlichkeit des Bergens und Unschädlichmachens der gefährlichen Kriegshinterlassenschaften zu schaffen. Den aktuellen Entwicklungen nach zu urteilen ist dies mittlerweile gelungen und so lässt sich eine erhöhte Aufmerksamkeit in der Politik verzeichnen. Dazu haben sicherlich unsere einstimmig beschlossenen Resolutionen der 28. und 29. BSPC sowie der Zwischenbericht beigetragen. Dies sollten wir als Mitglieder der BSPC als unseren gemeinsamen Erfolg begreifen. Ich betrachte mit dem nun vorliegenden Bericht meine Tätigkeit als Berichterstatter vorerst als beendet, nicht jedoch die Aufgabe, die muss jetzt in den vor uns liegenden 20 Jahren bewältigt werden. Gehen wir es gemeinsam an!

2. Resolution der 29. BSPC vom 24. August 2020 / Punkt 15

Das 29. Annual Meeting der BSPC fand am 24. August 2020 in digitaler Form statt. Die Teilnehmer, die gewählten und entsandten Vertreter der Staaten der Ostseeregion, haben einstimmig eine Resolution beschlossen, die in Punkt 15 eine Forderung zu Munitionsaltlasten in der Ostsee enthält und somit an die 28. Resolution anknüpft. Unter Punkt 15 der 29. Resolution werden die Regierungen der Ostseeregion, der Ostseerat und die Europäische Union aufgefordert, im Hinblick auf die Bewahrung unserer Umwelt, Meere und Ozeane für künftige Generationen, in Anerkennung der Prioritäten des deutschen HELCOM-Vorsitzes die Bemühungen zu intensivieren, das Problem der Munitionsaltlasten, der Wracks und der Geisternetze in der Ostsee auf der Grundlage eines gemeinsamen internationalen Ansatzes, der bestehende nationale und internationalen Bemühungen und Zuständigkeiten unterstützt, zu überwachen und zu behandeln, und darüber hinaus die bestehenden politischen Strukturen und wissenschaftlichen Projekte zu stärken und damit den Ostseeraum auch auf dem Gebiet der Lösung der Probleme im Zusammenhang mit versenkter Munition und Blindgängern, sowie auf dem Gebiet der Wracks und Geisternetze zu einer weltweit führenden Region zu machen.[2]

2 https://www.bspc.net/29th-bspc-resolution-final-adopted/

3. Umsetzung der 29. BSPC-Resolution durch die Staaten

Zum Stichtag 16.07.2021 waren Stellungnahmen von 13 der insgesamt 22 regionalen und nationalen Regierungen im BSPC-Sekretariat eingegangen. Das ist eine erfreuliche Beteiligung von mehr als der Hälfte der BSPC-Mitglieder entsendenden Staaten, insbesondere, da die Stellungnahmen zum Teil sehr ausführlich und detailliert erfolgt sind. Anzumerken ist, dass vier von den 13 eingegangenen Stellungnahmen nicht den hier relevanten Punkt 15 behandeln. Letzteres betrifft auch die Stellungnahme Russlands, das jedoch eine Beantwortung des Fragebogens des Berichterstatters zu Kampfmitteln in der Ostsee vorgenommen hat.

4. Fragebogen zu Munitionsaltlasten in der Ostsee

Ziel dieses Berichts war auch die Schaffung einer Übersicht über die konkreten nationalen Aktivitäten, die es beim Umgang mit den Munitionsaltlasten in der Ostsee seit dem letzten Sommer in den Ostseeanrainerstaaten gegeben hat und wie aktuelle Entwicklungen auf internationale Ebene wahrgenommen werden. Vor dem Hintergrund meiner pandemiebedingt nicht durchgeführten Reisen in die Mitgliedstaaten der BSPC habe ich daher entschieden, einen kleinen Fragenkatalog[3] zu verfassen, der den BSPC-Mitgliedern über die jeweils zuständigen Sekretariate in den Ländern und Regionen zugeleitet wurde. Für alle diesbezügliche Unterstützung spreche ich Generalsekretär Bodo Bahr sowie allen Beschäftigten in den regionalen und nationalen BSPC-Sekretariaten meinen großen Dank aus. Ich danke auch für die Beantwortungen.

Die Auswertung der eingegangenen Antworten bestätigt zum einen, dass die Munitionsaltlasten in der Ostsee als große gemeinsame Herausforderung betrachtet werden. Des Weiteren kommt zum Ausdruck, dass in den jeweiligen Anrainerstaaten verschiedentliche nationale Aktivitäten stattfinden und – noch wichtiger – eine regelmäßige Konfrontation mit den gefährlichen Kriegshinterlassenschaften dokumentiert wurde.

Zwar wird auch die Idee eines freiwilligen Geberfonds begrüßt, allerdings werden keine konkreteren Vorschläge für eine praktische Umsetzung unterbreitet. Nachvollziehbarer Weise spielt die Klärung historischer und juristischer Verantwortlichkeiten nach wie vor eine Rolle und auch meiner Meinung nach ist diese Frage von besonderer Bedeutung. Die Klärung dieser besonderen Fragen darf keinen Raum geben für Dissens zur falschen Zeit und auch keinen Anlass, vorerst nicht zu handeln. Das Voranschreiten der Korrosion der Munitionskörper gewährt uns keinen zeitlichen Spielraum mehr. Voraussetzung für den Beginn der erforderlichen Maßnahmen darf nur das Streben nach einer sofortigen, gemeinsamen Anstrengung sein. Sonst läuft uns die Zeit davon.

Da nur einige Antworten auf meinen Fragenkatalog eingegangen sind, ist die Umfrage auf den ersten Blick nicht repräsentativ. Die Antworten insbesondere aus Deutschland, Polen, Russland und Schweden ergeben in gemeinsamer Betrachtung mit den Stellungnahmen auf die 29. BSPC-Resolution jedoch ein stimmiges Gesamtbild und lassen zumindest vorsichtige Rückschlüsse auf ein allgemeines Meinungsbild zu.

3 Anlage 14.7

5. Antrag im Deutschen Bundestag

Als BSPC-Delegierter des Deutschen Bundestages habe ich mich im Berichtszeitraum auch in meiner Funktion als Bundestagsabgeordneter mit dem Thema der Munitionsaltlasten auseinandergesetzt. Mein Ziel war die Einbringung eines Antrags im Deutschen Bundestag mit dem Ziel weitreichender nationaler Schritte im Umgang mit den Munitionsaltlasten im Meer. Bei diesem Vorhaben habe ich viel Unterstützung erfahren und ich freue mich sehr, dass am 6. Mai 2021 ein Antrag[4] der Regierungskoalition beschlossen wurde. Dieser hat den verantwortungsbewussteren Umgang mit den Kampfmitteln in Nord- und Ostsee und die breitere Nutzung maritimer Technologien zum Gegenstand. Wesentlicher Inhalt ist unter anderem die Aufforderung zum Bau einer schwimmenden Plattform als Test- und Pilotprojekt, mit der Kampfmittel umweltschonend und effektiv geborgen und noch auf hoher See unschädlich gemacht werden können. Des Weiteren wird die Bundesregierung zur Einleitung von Schritten in eigenem Hoheitsgebiet aufgefordert sowie auch zu einer weitreichenderen internationalen Kooperation mit den Anrainern. Dies schließt die Schaffung eines ständigen Geberfonds der Anrainerstaaten (unter Einbezug der EU) auf freiwilliger Basis mit ein, aus dem eine beispielsweise bei HELCOM angesiedelte Expertengruppe das Monitoring und die Ausschreibung für das Detektieren und das naturverträgliche Bergen von Munitionsaltlasten in Nord-und Ostsee finanzieren kann. Zudem wird die Bundesregierung mit dem Antrag dazu aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass alle aktuellen Forschungen, Erkenntnisse und Ergebnisse zum Thema Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee multinational zusammengeführt und Datenbestände standardisiert werden.

Ein ähnlicher Antrag zu dem Thema kam aus den Reihen der Opposition und dieser stellte die Grundlage für eine öffentliche Anhörung am 17. Mai 2021 mit Sachverständigen im Umweltausschuss des Bundestages dar. Ein Mitschnitt der Anhörung sowie die vorgestellten Präsentationen der sind auf der Homepage des Deutschen Bundestages[5] abrufbar. Unter den neun Sachverständigen befand sich mit Dr. Mikhail Pestrenko auch ein russischer Experte. Die Anhörung war ein Erfolg und alle Beteiligten waren sich experten- und parteiübergreifend darin einig, dass angesichts voranschreitender Korrosion und der damit verbundenen Zunahme der Gefährdung für das Ökosystem die Bergung der Altlasten insbesondere in der Ostsee nicht länger aufgeschoben werden dürfe.

Da nur einige Antworten auf meinen Fragenkatalog eingegangen sind, ist die Umfrage auf den ersten Blick nicht repräsentativ. Die Antworten insbesondere aus Deutschland, Polen, Russland und Schweden ergeben in gemeinsamer Betrachtung mit den Stellungnahmen auf die 29. BSPC-Resolution jedoch ein stimmiges Gesamtbild und lassen zumindest vorsichtige Rückschlüsse auf ein allgemeines Meinungsbild zu.

4 Anlage 14.9

5 https://www.bundestag.de/ausschuesse/a16_umwelt/oeffentliche_anhoerungen#url=L2F1c3NjaHVlc3NlL2ExNl91bXdlbHQvb2VmZmVudGxpY2hlX2FuaG9lcnVuZ2VuLzgzOTkxMC04Mzk5MTA=&mod=mod544426

6. Aktivitäten auf Ebene der Europäischen Union

Neben den Ostseeanrainern und weiteren multinationalen Organisationen im Ostseeraum, spielt die Europäische Union (EU) eine wesentliche Rolle beim Umgang mit den Munitionsaltlasten in der Ostsee. Grund dafür ist nicht nur die Tatsache, dass viele Ostseeanrainer Mitglied der EU sind, sondern auch, weil die EU diverse Programme im Bereich der Munitionsaltlasten in der Ostsee mitfinanziert hat bzw. weiterhin mitfinanziert (z.B. CHEMSEA, DAIMON und DAIMON 2). Darüber hinaus hat die EU-Kommission einen Sitz in der HELCOM, eine nach den Erhebungen des Berichterstatters zentrale Organisation für die Bewältigung der gemeinsamen Herausforderung.

6.1. Schriftwechsel mit der EU Kommission

In den Handlungsempfehlungen des Zwischenberichts wurde die Idee eines freiwilligen Geberfonds aufgeworfen, der mit mindestens 500 Millionen Euro ausgestattet ein zügiges Handeln ermöglichen soll. Er soll wirksam sein, bevor und auch während historische und juristische Klärungen laufen. Für diesen Vorschlag gibt es hinter den Kulissen viel Zuspruch, jedoch gab es bisher von keiner offiziellen Seite konkrete Bekundungen über eine Teilnahme oder gar eine Festlegung der Budgetsumme.

Vor diesem Hintergrund war es geboten, sich mit Unterstützung des deutschen Politiker Niclas Herbst, Mitglied des Europäischen Parlaments und dort u.a. stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses sowie Mitglied des Fischereiausschusses, an den zuständigen EU-Kommissar Virginijus Sinkevičius zu wenden. In einem gemeinsamen Schreiben 6 vom November 2020 wurde die Idee des freiwilligen Geberfonds präsentiert und um Unterstützung durch die Europäische Kommission geworben.

In seinem Antwortscheiben[7] vom Dezember 2020 begrüßte Kommissar Virginijus Sinkevičius die Initiative und zeigte sich offen für die Idee des freiwilligen Geberfonds und erwähnt, dass die EU-Kommission eine Studie zu den Munitionsaltlasten in der Ostsee in Auftrag gegeben hat. Auch EU-Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen hat sich in einem Schreiben vom 19. April 2021 zu dem Thema geäußert[8]. In ihrem Schreiben ermuntert die Kommissionspräsidentin die EU-Mitgliedstaaten zu nationalen und internationalen Anstrengungen, das Problem der Munitionsaltlasten anzugehen. Weiterhin deutet sie an, dass die oben erwähnte Studie, die voraussichtlich zum Ende des Jahres abgeschlossen sein wird, Raum für Unterstützung der Mitgliedstaaten eröffnen könnte. Ich sehe uns dadurch ermutigt, unsere Ostseeregion als Pilotregion für die Bewältigung dieses globalen akuten Problems zu entwickeln.

6 Anhang 14.2
7 Anhang 14.3
8 Anhang 14.5

6.2. Beschluss des Europäischen Parlaments

Am 27.04.2021 hat das Europäische Parlament mit 660 von 668 Stimmen eine umfangreiche Petition[9] aus den Reihen des Europäischen Parlaments (EP) zum Thema Munitionsaltlasten in der Ostsee angenommen. Vorausgegangen war ein Schreiben[10] auf Initiative polnischer EU-Parlamentarier an die EU-Kommissionspräsidentin, das im EP breite Unterstützung gefunden hat.

In dem vom EP angenommenen Text werden eine ganze Reihe wichtiger Punkte angesprochen und letztlich mehr Engagement von Seiten der EU-Kommission beim Umgang mit den Munitionsaltlasten in der Ostsee gefordert. Besonders erwähnenswert sind die Punkte K 10 bis K 12[11], in denen die EU-Kommission aufgefordert wird:

- alle einschlägigen sonstigen Stellen der EU einschließlich der Europäischen Verteidigungsagentur einzubinden, alle verfügbaren Ressourcen zu nutzen und dafür Sorge zu tragen, dass das Problem in allen einschlägigen Maßnahmen und Programmplanungsverfahren der EU, auch in der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und im Aktionsplan für die Strategie für maritime Sicherheit, aufgegriffen wird;
- dafür zu sorgen, dass die Frage der in Gewässern der EU versenkten Munition in die Querschnittsprogramme aufgenommen wird, um die Einreichung von Projekten für Regionen zu ermöglichen, in denen sich das Problem in gleicher Weise stellt (Adriatisches und Ionisches Meer, Nordsee und Ostsee), und den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren zu erleichtern;
- konzertierte Anstrengungen zur Bekämpfung der Verschmutzung der Ostsee zu unternehmen und zu diesem Zweck alle Formen der regionalen, nationalen und internationalen Zusammenarbeit zu fördern, auch im Rahmen ihrer Partnerschaft mit der NATO.

7. Vorstellung der Ergebnisse von DAIMON 2 im September 2021

Vorabpräsentation der Ergebnisse von DAIMON 2 im digitalen Meeting vom 15.06.2021[12]. Bei Abschluss-Meeting von DAIMON 2 anlässlich der Kiel Munition Clearance Week vom 6. Bis 10. September werden die Forschungsergebnisse voraussichtlich umfassender präsentiert. DAIMON 2 zeigt erneut, dass die Kampfmittel in der Ostsee auf Grund der voranschreitenden Korrosion und dem damit verbundenen Austritt sprengstofftypischer Verbindungen eine erhebliche Gefahr für das Ökosystem darstellen. Im Forschungsprojekt geht es unter anderem darum, Vorhersagen über die Korrosion der unterschiedlichen Kampfmitteltypen zu treffen und zu zeigen, in welch hohem Ausmaß sich sprengstofftypische Verbindungen in Fischen und Muscheln nicht nur nachweisen lassen, sondern wie schnell diese für den menschlichen Verzehr komplett ungenießbar werden lassen. Demnach sollen erste Metallhüllen schon in 10 Jahren vollständig korrodiert sein.

9 Anhang 14.5, abrufbar hier: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0123_DE.html
10 Anhang 14.4
11 Anhang 14.5
12 https://www.daimonproject.com/daimon2-final-meeting-1506.html

8. HELCOM-Ministerkonferenz am 20. Oktober 2021 – Überarbeitung des BSAP

Unter der von 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2021 andauernden deutschen Präsidentschaft, wird am 20. Oktober 2021 in der deutschen Hansestadt Lübeck die HELCOM-Ministerkonferenz[13] stattfinden. Planmäßig wird dort auch die Überarbeitung des Baltic Sea Action Plans (BSAP) erfolgen sowie Ergebnisse der HELCOM-Expertengruppe SUBMERGED diskutiert werden.

Im Zwischenbericht wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, das zum Ende des Jahres 2020 regulär auslaufende Mandat der HELCOM-Expertengruppe SUBMERGED zu verlängern, wie auch auf deren umfangreichen Bericht, der sich zum damaligen Zeitpunkt in einem fortgeschrittenen Arbeitsstadium befand. Es ist erfreulich festzustellen, dass der Stellungnahme[14] von Schleswig-Holstein zu Punkt 15 der 29. BSPC-Resolution zu entnehmen ist, dass die HELCOM-Expertengruppe SUBMERGED nun zu einer dauerhaften Arbeitsgruppe geworden ist. Das sollten wir sehr begrüßen.

Was die Überarbeitung des BSAP betrifft, so ist unbedingt darauf hinzuwirken, dass die Beseitigung und das Unschädlichmachen von Kampfmitteln und anderen gefährlichen Produkten in der Ostsee ausdrücklich als langfristige ökologische Prioritäten aufgenommen werden.

Laut Auskunft des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages[15] könnte HELCOM diese zusätzliche Aufgabe von den Vertragsparteien der Helsinki-Konvention übertragen werden. Gemäß Art. 20 Abs. 1 der Helsinki-Konvention umfassen die ausdrücklich für die HELCOM geregelten Pflichten die kontinuierliche Beobachtung der Umsetzung der Helsinki-Konvention, die Entwicklung von Maßnahmenvorschlägen zur Förderung der Ziele der Konvention sowie u.a. die Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung in der internationalen Verständigung. Über diese Aufgaben hinaus kann die HELCOM gemäß Art. 20 Abs. 2 der Helsinki-Konvention – nach kommissionsinterner Abstimmung und Konsensbildung gem. Art. 19 Abs. 5 der Helsinki-Konvention – weitere Funktionen übernehmen, sofern diese den Zwecken der Helsinki-Konvention dienen.

Insofern ist es von großer Bedeutung, einen Beschluss in der 30. BSPC zu fassen, der eine entsprechende Aufforderung an die Regierungen im Ostseeraum, den Ostseerat und die Europäische Union enthält.

13 https://helcom.fi/helcom-at-work/ministerial-meetings/2021-lubeck/
14 Anhang 14.1.8; Link: https://www.bspc.net/implementation-of-the-29th-resolution-labor-issues1/
15 Kurzinformation des Deutschen Bundestages: WD 2 - 3000 - 052/21 (12. Juli 2021)

9. Kiel Munition Clearance Week

In der Woche vom 6. bis zum 10. September wird in Kiel, Deutschland, die Kiel Munition Clearance Week (KMCW)[16] stattfinden. Der Initiator Jann Wendt ist gleichzeitig Gründer des im Zwischenbericht erwähnten Munitionskatasters Amucad[17] und in der Munitions-Community international bestens vernetzt. Die Bedeutung der bereits seit langem vorbereiteten KMCW wird auch dadurch deutlich, dass der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Daniel Günther die Schirmherrschaft übernommen hat. Viele hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Industrie, Politik und Militär werden dort vertreten sein und im Rahmen von Workshops und Vorträgen und Diskussionen einen intensiven Austausch pflegen.

Das besondere an der KMCW ist, das nicht nur zahlreiche Akteure aus dem Ostseeraum teilnehmen werden, sondern unter dem Dach der Joint Programming Initiative (JPI) Oceans[18] auch besonders von Munitionsaltlasten im Meer betroffene Anrainer aus den Regionen Nordsee und Mittelmeer.

Laut Angaben des Veranstalters werden folgende Themen behandelt:

1. The State of Research
2. Environmental & Societal Impacts
3. Legal Aspects
4. Detection & Identification Technologies
5. Remediation Solutions
6. Stakeholder Roles & Responsibilities
7. Economic Opportunities
8. Funding Options

16 https://munitionclearanceweek.org/
17 https://www.amucad.org
18 http://www.jpi-oceans.eu/

10. Initiative zur gemeinsamen Planung der Forschungsprogramme im Bereich „Intakte und fruchtbare Meere und Ozeane“ – JPI Oceans

Aufgrund der Pandemiesituation konnte der Berichterstatter nicht persönlich Kontakt mit dem in Italien ansässigen Sekretariat der JPI Oceans aufnehmen. Glücklicherweise steht der Berichterstatter in engem Kontakt mit Claus Böttcher, dem Koordinator des neuen Wissenszentrums (Knowledge Hub), das vom Verwaltungsrat der JPI Oceans im November 2020 ins Leben gerufen wurde. Claus Böttcher ist Leiter der BLANO[19] und einer der Organisatoren der KMCW. Er genießt insbesondere wegen seiner großen Erfahrung und seiner Arbeit nicht nur im Bereich der JPI Oceans, sondern auch in der gesamten Munitionsaltlasten-Community in ganz Europa Anerkennung.

Um besser zu verstehen, welche Aufgaben die JPI Oceans im Einzelnen wahrnimmt, sei an dieser Stelle auf die Homepage der JPI Oceans verwiesen[20]. Ihrer eigenen Darstellung nach handelt es sich bei der JPI Oceans um eine zwischenstaatliche Plattform, die versucht, die Wirksamkeit der nationalen Investitionen in marine und maritime Forschung und Innovation zu verstärken. Durch die Bündelung von Kräften legt die JPI Oceans den Schwerpunkt auf die langfristige Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, assoziierten Staaten und internationalen Partnern. Die Plattform bietet ihren Mitgliedstaaten eine gemeinsame Stimme, eine strategische Agenda und einen Aktionsplan für die Bewältigung komplexer meeresbezogener gesellschaftlicher Herausforderungen, die nicht auf nationaler Ebene gelöst werden können.

Die Maßnahme der JPI Oceans „Munition im Meer“ („JPI Oceans Action on munition in the sea“)[21] wurde im April 2014 vom Strategischen Beirat vorgeschlagen und im November 2015 vom Verwaltungsrat der JPI Oceans angenommen. Ziel der Maßnahme ist, Forschung und Innovation zu koordinieren, um Risiken abzuschätzen, Prioritäten festzulegen und Interventionsmöglichkeiten im Hinblick auf Munition in der Meeresumwelt vorzuschlagen. Die Ergebnisse der Maßnahme werden genutzt, um die Feststellung, Überwachung und Beseitigung von Bedrohungen mithilfe systematischerer und tragfähigerer Ansätze zu unterstützen.

Der Mehrwert dieser JPI Oceans-Maßnahme besteht aus drei Aspekten:

1. Einführung und Strukturierung einer wissenschaftlichen interdisziplinären und sektorübergreifenden Zusammenarbeit auf europäischer Ebene

2. Schaffung einer Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Expertise und Betreibern

3. Unterstützung von kosten- und zeiteffizienten Lösungen

19 Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Nord- und Ostsee, Link: https://www.meeresschutz.info/blano.html
20 http://www.jpi-oceans.eu/
21 http://www.jpi-oceans.eu/munitions-sea

11. Handlungsempfehlungen

Wie einleitend erwähnt und in diesem Bericht dokumentiert, sind in dem Bereich der Kampfmittelräumung in der Ostsee seit der Vorlage des Zwischenberichts sehr erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Dies bezieht sich nicht allein auf die erhöhte Aufmerksamkeit in Politik und Öffentlichkeit, die trotz der Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie erreicht wurden. Leider ist es dennoch so, dass wesentliche Punkte der im Zwischenbericht von 2020 dargelegten Handlungsempfehlungen nach wie vor einer Umsetzung bedürfen und sich daher in der nachfolgenden Auflistung erneut wiederfinden. Darüber hinaus werden mit Blick auf das am 20. Oktober anstehende HELCOM Ministerial Meeting und der anstehenden Überarbeitung des Baltic Sea Action Plans weitere Empfehlungen aufgestellt.

Handlungsempfehlungen, wie bereits im Zwischenbericht formuliert:

- Alle aktuellen Forschungen, Erkenntnisse und Ergebnisse zum Thema sind multinational zusammenzuführen, die Daten zu standardisieren.

- Ein flächendeckendes Monitoring der belasteten Fundgebiete ist aufzubauen und zu betreuen.

- Zur Nutzung von Bioindikatoren sind Forschungen zu verstärken.

- Es sollte eine gemeinsame, multinationale Expertengruppe (Wissenschaft und Technologie/Prozesse) aufgebaut werden, die aus einer ständigen Evaluation jährliche Empfehlungen zum gezielten, notwendigen Umgang mit Munitionsaltasten gibt.

- Es muss schnell und umweltgerecht agiert werden können. Langwierigen Abstimmungen um Zuständigkeiten, Klärung der Rechtsfolgen und der Suche nach Verursachern müssen im Vorfeld entfallen können, wenn sie der nötigen Zeitschiene hinderlich sind.

- Zur Lösung soll ein ständiger multinationaler Fonds zur Finanzierung der Expertengruppe, des Monitorings und der jeweiligen Ausschreibung des Behandelns von Munitionsaltlasten eingerichtet werden.

- Beispielgebend sind internationale Geberfonds, wie es sie in der Entwicklungspolitik unter dem Dach der UNO mit guten Erfahrungen gibt. Im Falle der Munitionsaltlasten könnten Institutionen der EU einen stabilen Rahmen zur Verfügung stellen oder vorzugsweise auch die Strukturen von HELCOM.

- In einer entsprechenden, freiwilligen Geberrunde ist (idealerweise unter Einbezug der EU) vorerst ein Betrag von 500 Millionen Euro anzustreben, um die von den Experten empfohlenen Maßnahmen flexibel zu finanzieren.

- Die aktuelle technische Entwicklung kann zu einer Reduzierung der Kosten für die Bergung und Behandlung von Munition um etwa 80 Prozent führen. Parallel muss daher die Privatwirtschaft aus dem Bereich Meerestechnik über regelmäßige Ausschreibung der vorgeschlagenen Maßnahmen am wirtschaftlichen Prozess beteiligt werden. Das unterstützt eine stetige technologische Weiterentwicklung und Wertschöpfung in unserer Region insgesamt.

- Der Ostseeraum kann Pilotregion für eine nachhaltige, wissenschaftliche, technologische und wertschöpfende Lösung der Altlastenproblematik der Munition in unseren Gewässern insgesamt werden. Vergleichbare Belastungen sind weltweit in vielen Meeren, Küstengewässern, Flussmündungen, Hafenbereichen und Seen vorzufinden.

Ergänzend und präzisierend dazu werden folgende Handlungsempfehlungen auch mit Blick auf die anstehende Überarbeitung des Baltic Sea Action Plans BSAP auf der HELCOM-Ministerkonferenz am 20. Oktober 2021 aufgestellt:

- Bemühungen um die Bergung und Neutralisierung von Kampfmitteln in der Ostsee sind zu verstärken, indem konkrete Maßnahmen im Rahmen der multinationalen Zusammenarbeit entsprechend den Entschließungen Nr. 28 und Nr. 29 der BSPC sowie den Handlungsempfehlungen des BSPC-Berichterstatters über Munitionsaltlasten im Meer getroffen werden.

- Die verschiedenen nationalen Erkenntnisse, Forschungsergebnisse und Daten sind in einer – möglichst bei der HELCOM angesiedelten – Expertengruppe zusammenzuführen. Auf deren Grundlage sind konkrete Maßnahmen zur Kampfmittelbeseitigung in der Ostsee vorzubereiten.

- Bei der konkreten Umsetzung des in der BSPC-Entschließung Nr. 28 genannten Finanzierungsinstruments ist ein internationaler, freiwilliger Geberfonds anzustreben und es ist zu prüfen, ob die HELCOM einen solchen Fonds nach Art. 20 Abs. 2 der Helsinki-Konvention verwalten könnte.

- Den Ostseeraum sollte als globale Modellregion für die umweltgerechte, schnellstmögliche und kostengünstige Bergung und Dekontamination von Kampfmittelaltlasten im Meer etabliert werden.

- Von den Regierungen der Ostseeregion, dem Ostseerat und der Europäischen Union sollten alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um die Beseitigung und das Unschädlichmachen von Kampfmitteln und anderen gefährlichen Produkten in der Ostsee innerhalb der nächsten 20 Jahre abschließen zu können.

- Das Beseitigen und Unschädlichmachen von Munition in der Ostsee sowie alle dafür erforderlichen Maßnahmen sind ausdrücklich als langfristige ökologische Priorität in den Baltic Sea Action Plan (BSAP) der HELCOM aufzunehmen. Gleiches gilt gemäß unserer Resolution der 29. BSPC für Gefahrstoffe in Wracks und Geisternetze.

12. Fazit

Experten sagen mir immer wieder: Noch nie war die Dynamik so groß, das Momentum so deutlich und die Bereitschaft so groß, die Bergung und Vernichtung der gefährlichen Kampfstoffe endlich konsequent anzugehen. Eine nachhaltige Lösung ist aber nur möglich, wenn wir die aktuelle Dynamik aufrechterhalten können und die Entwicklungen nicht nur weiter im Blick behalten, sondern internationale Kooperationen und Fähigkeiten hochskalieren und in einem industriellen Maßstab geschehen lassen.

Es liegt an uns Parlamentariern in den regionalen und nationalen Parlamenten, unsere Regierungen zum einem zügigen kooperativen Handeln im Ostseeraum zu bewegen. Die Voraussetzungen für ein sofortiges Handeln sind vorhanden: Eine ausreichende Datenlage, Methoden für Risikoanalyse und Entscheidungsfindung, erprobte technische Lösungen sowie die durch HELCOM bereitgestellte Strukturen.

Der Ostseeraum kann eine Modellregion für Forschung, Entwicklung und Anwendung in Maßstäben der maritimen Wirtschaft werden. Andere Versenkungsgebiete von Kampfmitteln werden davon profitieren. Sie gibt es weltweit in großer Anzahl.

13. Quellenverzeichnis und Literaturhinweise

- Link 28. BSPC-Resolution:
  https://www.bspc.net/conference-resolution-28-bspc-adopted-270819/

- Link Statements on the 28. BSPC-Resolution:
  https://www.bspc.net/bspc_statements_28thbspc_resolution/

- Link 29. BSPC-Resolution:
  https://www.bspc.net/29th-bspc-resolution-final-adopted/

- Link Statements on the 29. BSPC-Resolution:
  https://www.bspc.net/implementation-of-the-29th-resolution-labor-issues1/

- Link BSPC Interim report on sea-dumped munitions for the 29th bspc
  https://www.bspc.net/bspc_interim-report-on-sea-dumped-munitions-for-the-29th-bspc/

- Link Resolution des Europäischen Parlaments
  https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0123_DE.html

- Link DAIMON project:
  https://www.daimonproject.com/

- Link BASTA project:
  https://www.basta-munition.eu/

- Link MUNITECT-Network:
  https://www.munitect.de/en/home

- Link UDEMM project:
  https://udemm.geomar.de/

- Link: CBSS Bornholm Declaration:
  https://www.cbss.org/wp-content/uploads/2020/05/Bornholm-Declaration.pdf

- Link HELCOM:
  https://helcom.fi

- Link HELCOM-Ministerkonferenz 20. Oktober 2021
  https://helcom.fi/helcom-at-work/ministerial-meetings/2021-lubeck/

- Link Report „Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer – Bestandaufnahme und Empfehlungen“:
  https://www.schleswig-holstein.de/DE/UXO/Berichte/PDF/Berichte/ag_blano_fortschritt2018.pdf?__blob=publicationFile&v=1

- Link EUSBSR:
  https://www.balticsea-region-strategy.eu/

- Link AMUCAD:
  https://www.amucad.org

- Link Kiel Munitions Clearance Week:
  https://munitionclearanceweek.org/

- Link Themenpapier Deutscher Helcom-Vorsitz:
  https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Europa___International/helcom_themenpapier_bf.pdf

- Link BLANO
  https://www.meeresschutz.info/blano.html

- Link JPI Oceans:
  http://www.jpi-oceans.eu/munitions-sea

- Böttcher, et al. (2013 bis 2020) Jahresberichte 2012 bis 2019 – www.munition-im-meer.de

- Frey, T. (2020) Quality Guideline for Explosive Ordnance Disposal. Beuth Verlag GmbH, Berlin.

- Cooper, Nick; Cooke, Simon (2015): Assessment and management of unexploded ordnance (UXO) risk in the marine environment. CIRIA, London.

- United Nations Mine Action Service (UNMAS) (2014): Underwater Survey and Clearance of Explosive Ordnance (EO), New York.

- Carbon Trust (2020): Guidance for geophysical surveying for UXO and boulders supporting cable installation.

- Geneva International Centre for Humanitarian Demining (GICHD) (2016): A guide to Survey and Clearance of Underwater Explosive Ordnance. Geneva.

- Greinert, J. (2019) Practical Guide for Environmental Monitoring of Conventional Munitions in the Seas - Results from the BMBF funded project UDEMM “Umweltmonitoring für die Delaboration von Munition im Meer”. GEOMAR, Kiel.

- Kurzinformation des Deutschen Bundestages: WD 2 - 3000 - 052/21 (12. Juli 2021)

14. Anlagen

14.1. Stellungnahmen zu Punkt 15 der Entschließung der 29. BSPC

14.1.1. Dänemark

Dänemark unterstützt in vollem Umfang alle relevanten Maßnahmen zur Überwachung und Behandlung des Problems von Munitionsaltlasten, Schiffswracks und Geisternetzen in der Ostsee. Diese Maßnahmen sollten auf der Grundlage vollständiger Risikoabschätzungen und ungeachtet der Frage der nationalen Sicherheit entwickelt und umgesetzt werden.

14.1.2. Estland

Estland erkennt an, dass Munitionsaltlasten sowie Schiffswracks und Geisternetze ein Umwelt- und Sicherheitsproblem in der Ostsee sind. Da diese Probleme großräumig, verbreitet und grenzüberschreitend sind, ist ein gemeinsamer Ansatz seitens der Ostseeanrainerstaaten vonnöten. Die Frage der Munitionsaltlasten wird im Rahmen der HELCOM-Expertengruppe SUBMERGED (Expert Group on Environmental Risks of Hazardous Submerged Objects) behandelt. Mit dem Problem der Geisternetze wird man sich im Rahmen des revidierten regionalen HELCOM-Aktionsplans für Meeresabfälle sowie des aktualisierten Maßnahmenprogramms der estnischen Meeresstrategie befassen.

14.1.3. Deutscher Bundestag

Die Bundesregierung bekräftigt ihre Absicht, im Rahmen ihres HELCOM-Vorsitzes der Frage der Verseuchung der Meere und des verlorenen oder über Bord geworfenen Fanggeräts besondere politische Bedeutung beizumessen und die Entwicklung der internationalen und interinstitutionellen Zusammenarbeit bei diesem Thema voranzubringen. Das Ziel lautet darüber hinaus, die nationalen Ansätze, Strategien und Verfahren in den regionalen und supraregionalen Kontext einzubetten.

14.1.4. Hamburg

Die Freie und Hansestadt Hamburg arbeitet mit ihren Partnern in der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Nord- und Ostsee (BLANO) zusammen, um die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (Dokument 22/1694) umzusetzen. Das nationale Maßnahmenprogramm für die Nord- und Ostsee wird zurzeit aktualisiert. Der von der Freien und Hansestadt Hamburg unterstützte Hauptschwerpunkt liegt auf der Verbesserung des Schutzes der Meere und ihrer nachhaltigen Nutzung. Der Senat begrüßt die aktive Rolle der Bundesministerin als aktueller Vorsitzender von HELCOM und das große Engagement des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit in den HELCOM-Arbeitsgruppen. Der Senat unterstützt die Bundesregierung bei den Prioritäten, die sie für die Erreichung der Klimaziele und den Schutz der Ostsee in folgenden Bereichen festgelegt hat:

- Reduzierung der durch Nährstoffe und maritime Abfälle verursachten Verschmutzung der Ostsee;
- Überarbeitung des Ostsee-Aktionsplans, um bis spätestens 2021 regional wichtigen Kernthemen Rechnung zu tragen;
- Einbeziehung globaler Entwicklungen wie das Ziel 14 (Ozeane) der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

14.1.5. Lettland

Zurzeit betreibt das Ministerium für Umweltschutz und regionale Entwicklung der Republik Lettland keine speziellen Projekte in Bezug auf Probleme im Zusammenhang mit Munitionsaltlasten und Unterwasser-Blindgängern oder Schiffswracks und Geisternetzen. Es gibt gesetzliche Bestimmungen im nationalen Recht und den maritimen Raumordnungsplan, die den Zugang zu diesen Gebieten bzw. Aktivitäten in diesen Gebieten beschränken.

14.1.6. Mecklenburg-Vorpommern

Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist seit dem Gründungstreffen im Februar 2012 Teil des BLANO-Expertenkreises Munition im Meer. Die Vertreter des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt, des Ministeriums für Inneres und Europa sowie des Munitionsbergungsdienstes Mecklenburg-Vorpommern (MBD DV) vertreten das Bundesland bei den entsprechenden Sitzungen. Der MBD MV bietet darüber hinaus nichtstaatlichen Organisationen, die die Bergung von Geisternetzen organisieren, Expertenkonsultationen über die Gefahren von Blindgängern an. Die seit 2017 betriebenen umfassenden Forschungsarbeiten haben umfangreiche Daten über die Standorte militärischer Übungen an der Küste geliefert und ergänzen somit die Dokumentation von Meeresgebieten, die seit 1871 in zunehmendem Maße für Schießübungen genutzt wurden. Die Forschungsarbeiten haben gezeigt, dass sich Blindgänger aus Schießübungen über eine Fläche von mehr als 15.000 Quadratkilometern und somit weit über die Küstengewässer von Mecklenburg-Vorpommern hinaus verteilen können. Darüber hinaus nimmt der Munitionsbergungsdienst Mecklenburg-Vorpommern als assoziierter Partner bzw. Konsultationsgremium (z.B. im Rahmen des DAIMON-Projekts) an weiteren Forschungsprojekten teil. In diesem Zusammenhang gab es auch unmittelbare Kontakte zum BSPC-Berichterstatter über Munitionsaltlasten.

14.1.7. Polen

Tätigkeit des Gesetzgebers bezüglich des Erlasses Nr. 150 des Ministerpräsidenten vom 25. September 2020 über die Ernennung des interministeriellen Teams für den Umgang mit den Gefahren, die aus den in den Meeresgebieten der Republik Polen liegenden gefährlichen Stoffen resultieren. Die Aufgabe des Teams wird darin bestehen, die Risiken im Zusammenhang mit der Entstehung von Gefahrensituationen aufgrund gefährlicher Stoffe, die in den Meeresgebieten der Republik Polen liegen, zu bewerten. Dies beinhaltet die Erarbeitung und Vorlage eines detaillierten Aktionsplans der öffentlichen Verwaltung und der Aufsichtsbehörden und nachgeordneten Behörden zur Zustimmung durch den Ministerrat. In diesem Aktionsplan geht es um giftige Kampfmittel und ihre Zerfallsprodukte, die in den Meeresgebieten der Republik Polen liegen, konventionelle Waffen und Treibstoffe und Ölsubstanzen in Schiffswracks sowie die Festlegung der Stellen, die für die Durchführung der Aufgaben, die Planung der Umsetzung dieser Aufgaben und die voraussichtlich anfallenden Ausgaben für die Umsetzung zuständig sind.

14.1.8. Schleswig-Holstein

Der Ostseeraum ist bei diesen Fragen die weltweit führende Region. Inwieweit die Ziele von HELCOM im Rahmen des deutschen Vorsitzes erreicht werden können, liegt nicht in der Zuständigkeit des Landes Schleswig-Holstein oder der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings haben der deutsche Vorsitz und die jeweiligen stellvertretenden Vorsitzenden der Staaten weitere Vorschläge vereinbart, um mit den Problemen, z.B.

Munition im Meer und Geisternetzen, umzugehen bzw. sie zu lösen und so diese Themen in der Ostseeregion gemeinsam mit allen Parteien voranzubringen (siehe Absatz 14).

Im Hinblick auf die Munitionsbelastung im Meer besteht eine besondere Herausforderung darin, weitere Vertragsparteien zu gewinnen, die sich beteiligen, um sich einen möglichst umfassenden Überblick über die in der Ostsee liegende konventionelle Munition zu verschaffen. Ein erster Erfolg ist in Sicht. Die Arbeit der HELCOM-Ad-hoc-Arbeitsgruppe SUBMERGED, die Ende 2020 beendet wurde, wird auf Wunsch von Deutschland und Polen in Form des SUBMERGED-Expertennetzwerks fortgesetzt. Die Arbeit kann weitergehen. Die Delegationsleiter müssen 2021 einen entsprechenden Beschluss fassen. Einige der in Punkt 24 der Entschließung der Ostseeparlamentarierkonferenz geforderten Maßnahmen wurden bereits eingeleitet. Das Finanzinstrument für den Umgang mit Munition in der Ostsee ist allerdings nach wie vor nicht vorhanden. Am Anfang der ostseeweiten Konzepte für die Überwachung von und den Umgang mit Munition stehen entsprechende Projekte. Die Kiel Munitions Clearance Week 2021, die am 10. September 2021 stattfindet, kann hier ein besonderer Meilenstein sein. Das Ziel dieser internationalen Veranstaltung ist, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung eine Plattform für Erkenntnisse und den Informationsaustausch über Munition im Meer, deren Folgen und die Möglichkeiten des Umgangs mit derselben zu bieten. Schleswig-Holstein hat sich im Laufe der vergangenen zehn Jahre zu einer Art Wissensregion für Munition im Meer entwickelt und viele Projekte und Initiativen auf den Weg gebracht.

Die Kiel Munitions Clearance Week 2021 ist ein Zwischenziel, aber auch Ausgangspunkt für die nächsten Schritte in Richtung eines geordneten Entsorgungskonzepts für die Ostsee. Dies kann als Ausgangspunkt für Konzepte in anderen Meeresgebieten fungieren. Neben der bereits genannten Einsetzung des Expertennetzwerks SUBMERGED im Rahmen der HELCOM RESPONSE wird die Kiel Munitions Clearance Week auch einen sichtbaren Beitrag zu Punkt 15 der Entschließung der 29. BSPC leisten. Während dieser Veranstaltung werden die Vertreter der beiden von der EU finanzierten Projekte DAIMON 2 und BASTA Projektbesprechungen durchführen, die von Deutschland und Polen koordiniert werden, was die Bedeutung der Ostseeregion für dieses Thema unterstreicht. Dies stellt erneut die Ostseeregion als wichtiges Beispiel für den Umgang mit Munitionsaltlasten in den Vordergrund.

Am 1. Januar 2016 traten die von den Vereinten Nationen angenommenen 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) in Kraft. Ziel 14 (SDG-14) beschreibt die Erhaltung und nachhaltige Nutzung von Ozeanen, Meeren und Meeresressourcen. Die Erreichung der Ziele bis 2030 ist realistisch unter der Voraussetzung, dass alle Akteure die notwendigen Maßnahmen durchführen. Regionale Kooperationen wie HELCOM tragen unter anderem mit den für den deutschen Vorsitz formulierten Zielen dazu bei. Die Ostseeparlamentarierkonferenz kann in diesem Zusammenhang eine verantwortungsvolle Position einnehmen, um ihre eigenen Regierungen davon zu überzeugen, zumindest eine regional abgestimmte Strategie für den Umgang mit Munitionsaltlasten im Meer zu verabschieden und vor allem die Frage eines nachhaltigen Finanzinstruments zu lösen.

Im Hinblick auf Geisternetze wurden eine ganze Reihe von Initiativen, Aktivitäten und Forschungsprojekten auf den Weg gebracht bzw. befinden sich in Vorbereitung:

Auf politischer Ebene forderte die 93. Umweltministerkonferenz am 15. November 2019 die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Nord- und Ostsee (BLANO) sowie die Fischereiindustrie, Naturschutzverbände und gegebenenfalls weitere Akteure auf, geeignete Maßnahmen für das Meeresstrategie-Rahmenrichtlinienprogramm (MSRR) sowie gezielte Anforderungen für Forschung und Entwicklung festzulegen, um das Problem der Geisternetze in der Nord- und Ostsee zu lösen. Ich habe darüber hinaus die BLANO gebeten, mögliche Finanzinstrumente zu ermitteln und zeitnah über die Ergebnisse der Umweltministerkonferenz zu berichten.

Als Teil der Aktualisierung der MSRR-Aktionsprogramme wird eine vorhandene Maßnahme unter dem neuen Titel "Prävention, Suche, Bergung und Entsorgung von Geisternetzen" ("Prevention, Search, Recovery and Disposal of Ghost Networks") fortgeführt. Diese Maßnahme beinhaltet ein umfassendes Maßnahmenportfolio (Vermeidung, Kartierung, Lokalisierung, Erfassung, Entsorgung, Recycling, umweltfreundliche Materialien, Kennzeichnung, Herstellerverantwortung, Bildungsarbeit) und trägt damit zur Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans und der HELCOM-Empfehlung 36/1 (Regionaler Aktionsplan gegen Abfälle im Meer) bei.

Darüber hinaus befasst sich der nationale Runde Tisch "Meeresabfälle" seit 2016 mit dem Problem der Geisternetze, um die Umsetzung der MSRR-Maßnahmen zu unterstützen und zu operationalisieren und das nationale Umweltziel "Meere ohne Abfall" zu erreichen. Das Land Schleswig-Holstein hat sich an dieser Diskussion beteiligt. In diesem Zusammenhang wird die Expertise aus den jeweiligen Berichten (Fischerei- und Hafenindustrie, öffentliche Verwaltung, Umweltverbände etc.) zusammengeführt, um konkrete Handlungsmöglichkeiten zu definieren und zu operationalisieren.

Während des deutschen HELCOM-Vorsitzes und des stellvertretenden HELCOM-Vorsitzes des Landes Schleswig-Holstein gibt es folgende thematische Schwerpunkte:

I. Intensivierung der Aktivitäten zur Verhütung, Suche und Bergung von "Geisternetzen" im Ostseeraum:

Bisher gibt es folgende Maßnahmen für die deutschen Ostseegewässer:
- Methoden zur Kartierung von Geisternetzen;
- Strategien zur Vermeidung des Verlusts von Fanggerät;
- Evaluierung von Markierungssystemen für die verbesserte Bergung von verlorenem Fanggerät;
- Überblick über die Möglichkeiten für die Erfassung und Behandlung von nicht mehr genutztem Fanggerät in Häfen;
- Behandlungssystem in Häfen von der Gestaltung von Aufnahmestellen bis zum Recycling;
- Erkundung von Reyclingmöglichkeiten für nicht mehr genutztes Fanggerät;
- Sonartechnik für die Bergung von verlorenem Fanggerät;
- Umweltprüfung über die Auswirkungen von Bergungsoperationen und eine Risikobewertung der Munitionsmengen im Meer.

In diesem Zusammenhang müssen wir dafür sorgen, dass neue Verfahren nicht zu zusätzlichen Belastungen für die Meeresumwelt führen. Deshalb müssen wir uns beispielsweise mit dem Geräuscheintrag unter Wasser befassen, der aus der Nutzung von Sonartechnologie resultiert.

II. Verbesserung der Kommunikation und des Wissensaustauschs zwischen den Akteuren

Die weitere Verbesserung der Kommunikation mit Fischern, verschiedenen Interessengruppen und weiteren Organisationen ist besonders wichtig, um Vorurteile abzubauen (z.B. Ängste bezüglich der Stigmatisierung der Fischerei), von den langjährigen Erfahrungen der Fischer zu profitieren, das Problembewusstsein zu schärfen und - soweit möglich - gemeinsam Strategien für die Reduzierung oder Vermeidung von Netzverlusten zu entwickeln.

III. Erarbeitung einer HELCOM-Empfehlung über aufgegebenes, verlorenes oder entsorgtes Fanggerät (ALDFG):

Aus den bereits gewonnenen Erkenntnissen und mithilfe des Austauschs mit Fischern und weiteren Akteuren muss die bereits geplante HELCOM-Empfehlung über ALDFG abgeschlossen werden.

14.1.9. Schweden

Im Hinblick auf Seeminen aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg unterstützen die schwedischen Marineeinheiten weiterhin die baltischen Staaten bei der Beseitigung von Unterwasserminen. Diese Unterstützung wird aus ökologischen Gründen geleistet, aber auch um die Seeverkehrsverbindungen in der Ostsee zu sichern.

Die schwedische Regierung unterstützt die Prioritäten des deutschen HELCOM-Vorsitzes und beteiligt sich aktiv an den Diskussionen über die Aktualisierung des Ostseeaktionsplans. Die schwedische Regierung hat mit Arbeiten an einem nationalen Programm für Schiffswracks begonnen, in dessen Rahmen mehrere prioritäre Wracks identifiziert wurden, für die ein Dekontaminationsprogramm initiiert wurde. Darüber hinaus verfügt Schweden über ein ambitioniertes Programm für die Dekontamination von verseuchtem Boden, das sich größtenteils auf frühere industrielle Aktivitäten bezieht und auch Hafen- und Meeresgebiete umfasst. Im Hinblick auf Geisternetze stellt die schwedische Regierung finanzielle Unterstützung für die Fischereiindustrie und weitere Akteure zur Verfügung, die sich auch an den Arbeiten zur Bergung von verlorenem Fanggerät beteiligen. Diese Arbeit bezieht sich auch auf die Umsetzung der EU-Kunststoffrichtlinie.

14.2. Schreiben an EU-Kommissar Virginijus Sinkevičius

Peter Stein

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berichterstatter bei der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) über Munitionsaltlasten

An den

EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei

Herrn Virginijus Sinkevičius

BERL 08/204 CA 27

Rue de la Loi 200, 1049 Brüssel

Berlin, 12.11.2020

Einrichtung eines freiwilligen Geberfonds "Munition in der Ostsee"; Bitte um Unterstützung

Sehr geehrter Herr Sinkevičius,

als EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei wissen Sie sicherlich, dass in der Nord- und Ostsee über 1,6 Millionen Tonnen gefährlicher Kriegsmaterialien liegen, die eine wachsende Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen. Aufgrund der zunehmenden Risiken wirken sie sich nachteilig auf die Wirtschaft aus, insbesondere die Fischerei und Seeschifffahrt sowie den Offshore-Sektor.

In Bezug auf die Ostsee verfügen wir mittlerweile über umfangreiche und detaillierte wissenschaftliche Daten betreffend die Folgen für das Ökosystem. Einen wesentlichen Beitrag dazu hat das von der EU finanzierte Forschungsprojekt DAIMON geleistet, das im Frühjahr 2019 wichtige Ergebnisse geliefert hat. Das Folgeprojekt DAIMON 2 läuft bereits.

Es ist zu begrüßen, dass die Europäische Kommission den hohen Verschmutzungsgrad der Meere sehr ernst nimmt. Das aktuelle und geplante INTERREG-Programm für den Ostseeraum trägt dem in vorbildlicher Weise Rechnung. Darüber hinaus ist zu begrüßen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum auch im nächsten Planungszeitraum 2021-2027 fortgesetzt wird und im künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 der Kampf gegen Verschmutzung des neuen Programms für den Ostseeraum 2021-2027 Priorität erhält.

In diesem Zusammenhang ist das Munitionsproblem eines der Schwerpunkte des aktuellen deutschen HELCOM-Vorsitzes. Darüber hinaus wird die HELCOM-Arbeitsgruppe "SUBMERGED" Ende 2020 einen umfassenden Bericht betreffend über Bord gegangene Behälter mit Chemikalien, Munitionsaltlasten, kontaminierte Schiffswracks und gefährliche Abfälle in der Ostsee vorlegen. Da die Europäische Kommission Mitglied von HELCOM ist, ist Ihnen dies sicherlich bekannt.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse, laufenden Programme und bestehenden Verpflichtungen seitens einzelner EU-Mitgliedstaaten werden an dieser Stelle nicht gezielt behandelt. Es wird stattdessen auf den Zwischenbericht "Munitionsaltlasten" des BSPC-Berichterstatters Peter Stein vom August 2020 verwiesen.

Dieser Bericht enthält darüber hinaus eine Reihe von Vorschlägen für den Umgang mit dem dringlichen Problem der Munitionsaltlasten. (Link: https://www.bspc.net/wp-content/uploads/2020/08/BSPC_Interim-report-on-sea-dumped-munitions-for-the-29th-BSPC.pdf)

Absolut notwendig ist an dieser Stelle ein rasches, gemeinsames internationales Vorgehen ungeachtet einzelner moralischer, geschichtlicher oder rechtlicher Verantwortlichkeiten. Ein gemeinsames und geschlossenes Vorgehen bei der Lösung dieses Problems wäre europäisches Handeln im besten Sinne!

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Corona-Pandemie alle EU-Länder vor große wirtschaftliche und finanzielle Herausforderungen stellt, sind wir der Überzeugung, dass die Durchführung einer freiwilligen Geberkonferenz nach dem Vorbild der Fonds der Vereinten Nationen - von internationaler Zusammenarbeit, z.B. bei Umwelt- und Klimaschutz, über Immunisierung bis hin zur Bekämpfung des Hungers - ein wichtiger und wirksamer erster Schritt ist.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse müssen unter der fortwährenden technischen Aufsicht einer unabhängigen Expertengruppe zusammengeführt, standardisiert und ausgeweitet werden. Die vernetzte Überwachung der betroffenen Seegebiete und Objekte muss aufgebaut und aufrechterhalten werden. Das Ziel lautet, in der Lage zu sein, eine professionelle Risikoabschätzung vorzunehmen, die von allen Akteuren anerkannt wird. Auf entsprechende Empfehlung der Expertengruppe können die gefährlichsten Objekte und Gebiete priorisiert und nach und nach mit den vorgeschlagenen Maßnahmen unschädlich gemacht werden. Negative Folgen für die Umwelt und Gefahren für Mensch und Material und die Tierwelt sind dabei möglichst gering zu halten.

Die von den Expertinnen und Experten vorgeschlagenen Maßnahmen werden international im Bieterverfahren ausgeschrieben und flexibel aus diesem Fonds finanziert. Dadurch werden die maritime Wirtschaft sowie Abfallmanagementspezialisten angesprochen und einbezogen. Dies führt zu einer ständig wachsenden Effizienz, Umweltschutz und fallenden Preisen, schafft aber auch mehr Kapazitäten und Arbeitsplätze in diesem Bereich.

Sollte sich dies grundsätzlich als erfolgreich erweisen, könnte die EU zum weltweiten Vorbild werden und in technologischer Hinsicht eine Führungsrolle übernehmen. Es gibt auf der ganzen Welt in zahlreichen Gewässern Munitionsaltlastengebiete, die potenziell sehr gefährlich sind und unverzügliches Handeln erfordern. Infolgedessen kann Europa eine wichtige unterstützende Rolle nicht nur in Bezug auf Know-how und Erfahrungen, sondern auch auf weltweit führende Technologie und Experten spielen.

Sehr geehrter Herr Sinkevičius,

wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns Ihre Auffassungen zu diesem Thema darlegen würden, insbesondere im Hinblick auf den Zwischenbericht der BSPC, und bitten um Ihre Unterstützung bei der Durchführung einer internationalen Geberkonferenz.

Mit freundlichen Grüßen

Niclas Herbst

Mitglied des Europäischen Parlaments

Peter Stein

Mitglied des Deutschen Bundestages, Berichterstatter bei der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

14.3. Antwortschreiben von EU-Kommissar Virginijus Sinkevičius

VIRGINIJUS SINKEVIČIUS

EU-Kommissiar für Umwelt, Meere und Fischerei

Brüssel, 17.12.2020

Ref. (2020)7983931

Niclas Herbst

Mitglied des Europäischen Parlaments

Parlement européen,

60, Rue Wiertz

B-1047 Brüssel

BELGIEN

niclas.herbst@europarl.europa.eu

Peter Stein

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

peter.stein@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Herbst, sehr geehrter Herr Stein,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12. November 2020.

Ihr Schreiben sowie der Zwischenbericht über Munitionsaltlasten für die 29. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) trägt den umfassenden Recherchen Rechnung, die Sie in Bezug auf Munitionsaltlasten und die vielfältigen Gefahren, die diese für die menschliche Sicherheit, Umwelthygiene und die reguläre Durchführung wirtschaftlicher Aktivitäten auf dem Meer wie Fischerei, Seeverkehr und Offshore-Energieprojekte bilden, geleistet haben. Ich möchte Ihnen für diese umfangreiche Arbeit ein Lob aussprechen.

Die Frage der Munitionsaltlasten und verschiedener gefährlicher Schiffswracks auf dem Meeresboden in europäischen Seegewässern ist sicherlich ein sehr großes Problem, mit dem wir uns in geeigneter Weise befassen müssen. Ich danke Ihnen, dass in Ihrem Bericht für die 29. Ostseeparlamentarierkonferenz die Maßnahmen der Kommission zur Lösung dieser Fragen sowie die Maßnahmen von HELCOM und seitens verschiedener EU-Mitgliedstaaten - insbesondere der Nord- und Ostseeanrainer - hervorgehoben wurden.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass die Kommission gerade eine Studie auf den Weg gebracht hat, die geeignete Empfehlungen für die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten, privaten Unternehmen und regionalen Organisationen für den Umgang mit der

zufälligen Bergung von bzw. der Begegnung mit Blindgängern und chemischer Munition im Meer erarbeiten wird.

Die für die Bekämpfung des Problems von Munitionsaltlasten und gefährlichen Schiffswracks notwendigen Mittel können aus den Programmen der europäischen territorialen Zusammenarbeit entnommen werden, die gemeinsam von der Europäischen Kommission und den teilnehmenden Ländern verwaltet und vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert werden. Im Rahmen des grenzüberschreitenden Programms für den Ostseeraum (BSR) wurden die Mittel für die Finanzierung der Projekte CHEMSEA und DAIMON 1 und 2 zur Verfügung gestellt, auf die Sie in Ihrem Bericht hingewiesen haben. Für das BSR-Programm 2021-2027 hat die Kommission in ihrem Orientierungspapier vorgeschlagen, den Schwerpunkt nachdrücklich auf die Bekämpfung der Verschmutzung der Ostsee zu legen.

Im Hinblick auf Ihren Vorschlag zur Durchführung einer internationalen Geberkonferenz würde ich mich freuen, mehr über das geplante Format und den Schwerpunkt dieser Veranstaltung zu erfahren.

Mit freundlichen Grüßen

Virginijus Sinkevičius

Elektronische Signatur am 16/12/2020 16:19 (UTC+01) entsprechend den Bestimmungen von Artikel 11 des Kommissionsbeschlusses C(2020) 482

14.4. Schreiben EU-Parlamentarier an EU-Kommissionspräsidentin

An die

Präsidentin der Europäischen Kommission, Dr. Ursula von der Leyen

12. März 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

wir sind äußerst besorgt über die Gefahren, die heute immer noch von chemischer und konventioneller Munition ausgehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Meeresboden der Ostsee versenkt wurde. Diese Munition ist eine der Hauptursachen für die Verschmutzung in der Ostsee und zugleich die gefährlichste, da die Folgen des möglichen Austritts von Stoffen und Lecks über die Grenzen eines einzelnen Landes hinausgehen und wirtschaftliche, sicherheitstechnische, soziale, gesundheitsbezogene und ökologische Folgen haben. Deshalb fordern wir die Europäische Kommission auf, unverzüglich zu handeln und angemessene finanzielle Ressourcen in der neuen finanziellen Vorausschau zur Verfügung zu stellen - nicht nur im Rahmen des INTERREG-Programms für den Ostseeraum für die Jahre 2021-2027, sondern auch in weiteren horizontalen Programmen, in denen das Problem der auf dem Meeresboden liegenden Munition berücksichtigt werden sollte.

Infolge des Zweiten Weltkriegs wurden Dutzende Tonnen von Munition und chemischen Waffen in der Ostsee versenkt, die heute nach Auffassung von Experten zu den am stärksten verschmutzten Meeren der Welt gehört. Unter anderem aufgrund unvollständiger Unterlagen über die Anzahl und Orte verklappter Munition ist es unmöglich, die genaue Menge der auf dem Meeresboden liegenden chemischen Munition zu bestimmen, die toxische Stoffe, z.B. Senfgas, enthält und eine ernsthafte Gefahr für Mensch und Umwelt darstellt. Je nach Quelle kann man davon ausgehen, dass es sich um mehr als 50.000 Tonnen handelt. Neben der Munition an sich gibt es darüber hinaus Hunderte von Schiffswracks, deren fortschreitende Korrosion die Gefahr des Austritts von Treibstoffen, Ölprodukten und giftigen Kampfmitteln mit sich bringt. Dies könnte zu einer Umweltkatastrophe und zur Verseuchung großer Teile der Ostsee führen, was besonders besorgniserregend ist, weil die Ostsee nur durch den Kattegat und den Skagerrak mit dem offenen Ozean verbunden ist, sodass die Ostsee nur sehr geringe Selbstreinigungskapazitäten hat. Infolgedessen könnten wir es mit einer der größten vorstellbaren Umweltkatastrophen zu tun bekommen, mit deren Folgen wir jahrzehntelang zu kämpfen hätten.

Chemische Munition und Stoffe, die aus den Schiffswracks in der Ostsee austreten, könnten sich auf sämtliche Tätigkeiten von Menschen auf dem Meer auswirken, z.B. Besatzungen von Fischerbooten, Besatzungen von Schiffen, die Ingenieurleistungen unter Wasser erbringen, Taucher, die Arbeiten unter Wasser durchführen, Besatzungen von Forschungsschiffen, die den Meeresboden untersuchen, Besatzungen von schwimmenden Anlagen, Hafenarbeiter, die Wartungs- und Reparaturarbeiten durchführen, Besatzungen von Rettungseinheiten und sogar Touristen. Die Gefahren, die aus dem Kontakt mit einem freigesetzten Giftstoff resultieren, sind sehr groß und reichen von der unmittelbaren Schädigung des menschlichen Körpers bis zur Möglichkeit der Übertragung von Giftstoffen in die Nahrungskette.

Wir begrüßen die erfolgreichen Bemühungen und die Unterstützung der EU für die Minenräumung auf der ganzen Welt, beispielsweise in den Balkanstaaten sowie in Afrika und Asien. Wir sind der Auffassung, dass das drängende Problem der Munitionsaltlasten in der Ostsee und im Skagerrak ein ähnliches Engagement von Seiten der EU erfordert. Daher begrüßen wir die Tatsache, dass die EU im Jahr 2019 ein Kolloquium zu den Herausforderungen durch nicht explodierte Munition im Meer ausgerichtet hat, das ein wichtiger Schritt für den Austausch von Erfahrungen und Wissen zwischen den entsprechenden Akteuren war.

Daher fordern wir die Europäische Kommission nachdrücklich auf,

1. die Kontinuität der in den vergangenen Jahren durchgeführten Maßnahmen, z.B. CHEMSEA, DAIMON und das laufende DAIMON-2-Projekt, zu gewährleisten;

2. im Rahmen des INTERREG-Programms für den Ostseeraum und horizontaler Programme die angemessene Finanzierung von Forschungsprojekten und Maßnahmen zu sichern, die notwendig sind, um die von Munitionsaltlasten in der Ostsee ausgehenden Gefahren zu beseitigen;

3. die Maßnahmen auf nationaler Ebene zu unterstützen, beispielsweise die Kartierung der Orte, an denen sich Munitionsaltlasten befinden, sowie die Kontrolle und Entfernung gefährlicher Stoffe;

4. die angemessene Finanzierung und Unterstützung der Entwicklung von umweltfreundlichen Technologien für die Beseitigung und Entsorgung von konventioneller und chemischer Munition zu sichern;

5. dafür zu sorgen, dass horizontale Programme die Einreichung von Projekten für Regionen ermöglichen, in denen sich das Problem in gleicher Weise stellt (Adriatisches und Ionisches Meer, Nordsee und Ostsee), und den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren ermöglichen würde;

6. dafür zu sorgen, dass das Problem in allen einschlägigen Maßnahmen und Programmplanungsverfahren der EU, auch in der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und im Aktionsplan für die Strategie für maritime Sicherheit, berücksichtigt wird;

7. mit der Erarbeitung des umfassenden Aktionsplans für die Beseitigung und Entsorgung der gefährlichen Überreste des Zweiten Weltkriegs zu beginnen;

8. das Problem als einen der Bereiche der Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO zu definieren;

9. alle zuständigen europäischen Agenturen und Institutionen einschließlich der Europäischen Verteidigungsagentur aufzufordern, alle verfügbaren Ressourcen zu nutzen.

Wir sind überzeugt, dass das Ziel, "das Meer zu retten", wie in der Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum erklärt, nur erreicht werden kann, wenn wir auch das Problem der Munitionsaltlasten lösen. Das INTERREG-Programm für den Ostseeraum 2021-2027 wird zurzeit weiterentwickelt, und das nächste Treffen des Gemeinsamen Programmausschusses ist für Ende März geplant. Wir fordern deshalb die Kommission auf, die Schlussfolgerungen des Kolloquiums von 2019 weiterzuverfolgen und sich mit unseren Empfehlungen zu befassen, auch im Rahmen des nächsten INTERREG-Programms für den Ostseeraum.

Mit freundlichen Grüßen

Anna FOTYGA, EKR, Polen

Rasa JUKNEVIČIENĖ, EVP, Litauen

Urmas PAET, Renew, Estland

Henna VIRKKUNEN, EVP, Finnland

Viola VON CRAMON-TAUBADEL, Grüne/EFA, Deutschland

Charlie WEIMERS, EKR, Schweden

Roberts ZĪLE, EKR, Lettland

Andris AMERIKS, S&D, Lettland

Kosma ZŁOTOWSKI, EKR, Polen

Nils TORVALDS, Renew, Finnland

Miriam LEXMANN, EVP, Slowakei

Sven MIKSER, S&D, Estland

Adam JARUBAS, EVP, Polen

Petras AUŠTREVIČIUS, Renew, Litauen

Gianna GANCIA, ID, Italien

Elżbieta KRUK, EKR, Polen

Dorien ROOKMAKER, fraktionslos, Niederlande

Aušra MALDEIKIENĖ, EVP, Litauen

Witold Jan WASZCZYKOWSKI, EKR, Polen

Martin BUSCHMANN, fraktionslos, Deutschland

Juozas OLEKAS, S&D, Litauen

Inese VAIDERE, EVP, Lettland

Hermann TERTSCH, EKR, Spanien

Günther SIDL, S&D, Österreich

Sergey LAGODINSKY, Grüne/EFA, Deutschland

Ivan Vilibor SINČIĆ, fraktionslos, Kroatien

Beata SZYDŁO, EKR, Polen

Dace MELBĀRDE, EKR, Lettland

François-Xavier BELLAMY, EVP, Frankreich

Ryszard CZARNECKI, EKR, Polen

Andrius KUBILIUS, EVP, Litauen

Javier NART, Renew, Spanien

Elżbieta RAFALSKA, EKR, Polen

Beata MAZUREK, EKR, Polen

Hannah NEUMANN, Grüne/EFA, Deutschland

Magdalena ADAMOWICZ, EVP, Polen

Alviina ALAMETSÄ, Grüne/EFA, Finnland

Karen MELCHIOR, Renew, Dänemark

Tudor CIUHODARU, S&D, Rumänien

14.5. Schreiben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Ursula von der Leyen

Präsidentin

Brüssel, 19. April 2021

Ares (2021) 1859694

Anna Fotyga, MdEP

Europäisches Parlament

60 Rue Wiertz

1047 BRÜSSEL

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

ich danke Ihnen und Ihren Mitunterzeichnern für Ihr Schreiben vom 12. März 2021, in dem Sie Ihre Sorge über die chemische und konventionelle Munition zum Ausdruck bringen, die nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg in der Ostsee versenkt wurde.

Ökologisch gilt diese Munition nach den Vorgaben der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie[1] als potenzielle Ursache für chemische Schadstoffe und Abfall in der Meeresumwelt, was von den Mitgliedstaaten beobachtet werden muss, um die möglichen Gefahren dieser Schadstoffe für die Umwelt engmaschig zu kontrollieren. Sowohl auf nationaler Ebene als auch länderübergreifend müssen im Rahmen der Meeresstrategie geeignete Maßnahmen entwickelt werden.

In der Ostsee wurden die Arbeiten im Rahmen des HELCOM-Übereinkommens über den Schutz der Ostsee von der Expertengruppe 'SUBMERGED' geleitet, deren Aufgabe ist, Orte, an denen sich Munitionsaltlasten befinden, zu kartieren, zu überwachen und - falls möglich - diese Altlasten zu beseitigen, um die menschliche Gesundheit und die Meeresumwelt zu schützen[2].

Die Europäische Union, vertreten durch die Europäische Kommission, hat als Vertragspartei des Übereinkommens diese Maßnahmen unterstützt.

Insbesondere unterstützt die Kommission nationale und internationale Maßnahmen unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Kolloquiums zu den Herausforderungen durch nicht explodierte Munition im Meer, das 2019 in Brüssel stattfand.

Mithilfe des gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprogramms für die Ostsee (BONUS, Art. 185) hat die Kommission von 2014 bis 2016 Forschungs- und Innovationsprojekte unterstützt, die den Maßnahmen zur Aktualisierung des Schiffswrackregisters zugrunde lagen, mit denen diejenigen Wracks identifiziert wurden, die die größten Umweltgefahren in der Ostsee darstellen.

---

[1] Richtlinie 2008/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt (Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie)

[2] Vgl. Bericht von 2013 einschließlich der Handlungsempfehlungen unter httii://helcom.fi/Lists/Publications/BSEP 142.pdf

Aktuell finanziert die Kommission verschiedene Projekte, die Smart-Data-Integration und künstliche Intelligenz sowie die echtzeitnahe Erkennung explosionsgefährlicher Verbindungen im Meerwasser nutzen werden. Einige dieser Projekte werden über das INTERREG-Programm für den Ostseeraum finanziert. Einige werden auch Teil des Internationalen Forums für den Umgang mit den Herausforderungen der Offshore-Munitionsbeseitigung, der so genannten 'Munition Clearance Week', die im September 2021 in Kiel stattfindet.

Im Januar 2021 brachte die Europäische Kommission eine spezielle Studie auf den Weg, um Munitionsaltlasten zu kartieren, die Koordinierung bei der Überwachung und Beseitigung zu verbessern, gemeinsame Verfahren und Reaktionsmodelle für den Umgang mit zufälliger Bergung festzulegen und bestmögliche Verfahren für die Beseitigung zu bestimmen und zu bewerten, um so negative Folgen für die Meeresumwelt zu begrenzen. Die Studie wird Ende 2021 abgeschlossen, bietet aber möglicherweise noch Spielraum für die weitere Unterstützung der Mitgliedstaaten bei Folgemaßnahmen.

Aufgrund der Dringlichkeit des Themas werden die unmittelbar betroffenen Mitgliedstaaten die Möglichkeiten für praktische Folgemaßnahmen prüfen müssen. Im Rahmen des Aktionsplans von 2018 für die EU-Strategie für maritime Sicherheit vereinbarten die Mitgliedstaaten, bestimmte Maßnahmen in der Ostsee durchzuführen, um die Beseitigung und Entsorgung von im Meer versenkter chemischer Munition und Blindgängern zu optimieren.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula von der Leyen

14.6. Beschuss des Europäischen Parlaments

Europäisches Parlament
2019-2024

ANGENOMMENE TEXTE

P9_TA(2021)0123

Chemische Rückstände in der Ostsee, auf der Grundlage der Petitionen Nr. 1328/2019 und Nr. 0406/2020 gemäß Artikel 227 Absatz 2 der Geschäftsordnung

*{ TC"(B9-0224/2021)"\l3 \n> * MERGEFORMAT }*
PE690.805

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. April 2021 zu chemischen Rückständen in der Ostsee auf der Grundlage der Petitionen Nr. 1328/2019 und Nr. 0406/2020 (2021/2567(RSP))

Das Europäische Parlament,

– unter Hinweis auf die Petitionen Nr. 1328/2019 und Nr. 0406/2020,

– unter Hinweis auf Artikel 3 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union, Artikel 4 und 191 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und Artikel 35 und 37 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 18. September 1997 zu den Umweltproblemen in der Ostsee[1], das Ziel der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik[2], die Verschmutzung des Wassers und die Einleitung gefährlicher Stoffe in Wasser zu verringern, und die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, nach Maßgabe der Richtlinie 2008/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt (Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie)[3] unter Wasser befindliche chemische Munition zu überwachen,

– unter Hinweis auf die gemäß der EU-Strategie für den Ostseeraum eingegangenen Verpflichtungen, die Ostsee zu schützen und den Ostseeraum zu einer führenden Region im Bereich der Sicherheit und Gefahrenabwehr auf See zu machen, und auf die gemäß dem Aktionsplan zu der EU-Strategie für maritime Sicherheit im Meer eingegangene Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten, versenkte chemische Munition

[1] ABl. C 304 vom 6.10.1997, S. 147.
[2] ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1.
[3] ABl. L 164 vom 25.6.2008, S. 19.

und nicht zur Wirkung gelangte explosive Kampfmittel zu beseitigen,

– unter Hinweis auf das Null-Schadstoff-Ziel der Kommission für eine schadstofffreie Umwelt gemäß Kapitel 2.1.8 ihrer Mitteilung vom 11. Dezember 2019 über den europäischen Grünen Deal (COM(2019)0640) und die Zusage der EU, dem Verlust an biologischer Vielfalt Einhalt zu gebieten und im Einklang mit ihrer Biodiversitätsstrategie bis 2020 und ihrer Biodiversitätsstrategie für 2030 bei der Bewältigung der globalen Krise der biologischen Vielfalt weltweit eine Führungsrolle zu übernehmen,

– unter Hinweis auf die von den Vertragsstaaten eingegangenen Verpflichtungen gemäß Artikel 2 des Übereinkommens der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa von 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen und gemäß Artikel 4 des dazugehörigen Protokolls von 1999 über Wasser und Gesundheit,

– unter Hinweis auf das anstehende Interreg-Programm der Kommission für den Ostseeraum 2021–2027,

– unter Hinweis auf das Helsinki-Übereinkommen von 1992 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets, den Aktionsplan für die Ostsee und die Erkenntnisse der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (HELCOM) zu versenkter chemischer Munition,

– unter Hinweis auf die Zusagen der Staaten im Rahmen der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, insbesondere das Ziel 3.9, Todesfälle und Erkrankungen aufgrund gefährlicher Chemikalien und Verschmutzung und Verunreinigung zu verringern, das Ziel 6.3, die Wasserqualität durch Beendigung des Einbringens und die Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien zu verbessern, und die Ziele 14.1 und 14.2 zur Verhütung der Meeresverschmutzung bzw. zum Schutz der Meeres- und Küstenökosysteme,

– unter Hinweis auf die Resolution 1612(2008) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu chemischer Munition auf dem Grund der Ostsee und den dazugehörigen Bericht vom 28. April 2008,

– unter Hinweis auf die Beratungen zu den Petitionen Nr. 1328/2019 und Nr. 0406/2020 in der Sitzung des Petitionsausschusses vom 3. Dezember 2020,

– gestützt auf Artikel 227 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,

A. in der Erwägung, dass seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mindestens 50 000 Tonnen konventioneller und chemischer Waffen, die gefährliche Stoffe (z. B. Senf- und Tränengas, Nervengifte und chemische Kampfstoffe mit erstickender Wirkung) enthalten, in der Ostsee verklappt wurden;

B. in der Erwägung, dass diese Munition sich langsam zersetzt und toxische Stoffe im Wasser freisetzt, was eine Gefahr für die Gesundheit des Menschen darstellt, da sie Lebensmittel kontaminiert, bei direktem Kontakt schwere Verbrennungen und Vergiftungen verursacht, die Meeresökosysteme und die biologische Vielfalt schädigt und lokale Wirtschaftstätigkeiten wie die Fischerei, die Gewinnung natürlicher Ressourcen und die Erzeugung erneuerbarer Energie in Kraftwerken gefährdet;

C. in der Erwägung, dass die Ostsee aufgrund ihrer geografischen Lage ein halbgeschlossenes Meer mit langsamem Wasseraustausch und sehr geringer Selbstreinigungskapazität ist; in der Erwägung, dass die Ostsee als eines der am stärksten verschmutzten Seegebiete der Welt gilt und ihr Sauerstoffgehalt in größerer Wassertiefe sinkt, wodurch die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres bereits gefährdet wird;

D. in der Erwägung, dass die Ad-hoc-Arbeitsgruppe der HELCOM zu versenkter chemischer Munition (CHEMU), das von der EU finanzierte Projekt mit dem Titel „Modelling of Ecological Risks related to Sea-Dumped Chemical Weapons“ (Modellierung ökologischer Risiken im Zusammenhang mit im Meer versenkten chemischen Waffen, MERCW) und die Ad-hoc-Sachverständigengruppen der HELCOM zu den Themen „Update and Review the Existing Information on Dumped Chemical Munitions in the Baltic Sea“ (Aktualisierung und Überprüfung der vorhandenen Informationen über versenkte chemische Munition in der Ostsee, MUNI) und „Environmental Risks of Hazardous Submerged Objects“ (Umweltrisiken durch gefährliche versenkte Objekte, SUBMERGED) wertvolle Forschungsarbeiten durchgeführt haben;

E. in der Erwägung, dass auf dem Kolloquium zu den Herausforderungen durch nicht explodierte Munition im Meer, das am 20. Februar 2019 in Brüssel stattfand, zum Ausdruck gebracht wurde, dass es einer verstärkten Zusammenarbeit bedarf;

F. in der Erwägung, dass es der internationalen Gemeinschaft an zuverlässigen Informationen über Umfang, Art und Ort der entsorgten Munition mangelt, da die entsprechenden Tätigkeiten schlecht dokumentiert sind und die Erforschung des Meeresbodens der Ostsee unzureichend ist;

G. in der Erwägung, dass kein Konsens über den derzeitigen Zustand der Munition, die von ihr ausgehende genaue Gefahr und die eventuellen Lösungen dieses Problems erzielt wurde;

H. in der Erwägung, dass im Rahmen des Interreg-Programms für den Ostseeraum für die Projekte CHEMSEA (Suche und Erfassung chemischer Munition, 2011–2014), DAIMON (Entscheidungshilfe in Bezug auf Munition im Meer, 2016–2019) und DAIMON 2 (2019–2021) Finanzmittel in Höhe von insgesamt 10,13 Mio. EUR (davon 7,8 Mio. EUR – 77 % – aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung) bereitgestellt wurden; in der Erwägung, dass im Rahmen dieser Projekte untersucht wurde, wo sich die Verklappungsstellen der Munition befinden, welche Stoffe die Munition enthält, in welchem Zustand die Munition ist und wie die Munition auf die Bedingungen in der Ostsee reagiert, und den Behörden Entscheidungshilfen bereitgestellt und Schulungen zu Risikoanalysetechnologien, Abhilfemethoden und Umweltverträglichkeitsprüfungen angeboten wurden;

I. in der Erwägung, dass das Problem der im Meer verklappten konventionellen und chemischen Munition von der NATO angegangen wird, die über geeignete Arbeitsmittel und Gerätschaften und die einschlägige Erfahrung zur erfolgreichen Behebung dieses Problems verfügt;

J. in der Erwägung, dass das Fazit des im Jahr 2014 ausgelaufenen Projekts CHEMSEA lautet, dass die Orte, an denen chemische Munition verklappt wurde, zwar keine

unmittelbare Bedrohung darstellen, aber weiterhin ein Problem für die Ostsee bleiben;

K. in der Erwägung, dass dieser Sachverhalt infolge der hohen Verkehrsdichte und intensiven Wirtschaftstätigkeit im Ostseeraum nicht nur ein Umweltproblem, sondern auch ein Problem mit erheblichen Auswirkungen auf die Wirtschaft und auch auf die Fischwirtschaft ist;

1. betont, dass die Umwelt- und Gesundheitsgefahren, die von der nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ostsee entsorgten Munition ausgehen, nicht nur ein regionales, europäisches Problem, sondern ein schwerwiegendes weltweites Problem mit unvorhersehbaren kurz- und langfristigen grenzüberschreitenden Auswirkungen sind;

2. fordert die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, im Geiste der Zusammenarbeit und echter Solidarität die Überwachung der versenkten Munition zu intensivieren, um die möglichen Risiken für die Meeresumwelt und meeresbezogene Tätigkeiten so gering wie möglich zu halten; fordert alle Parteien, die im Besitz von als Verschlusssache eingestuften Informationen über Verklappungstätigkeiten und deren genaue Orte sind, nachdrücklich auf, die diesbezügliche amtliche Geheimhaltung aufzugeben und den betroffenen Ländern, der Kommission und dem Europäischen Parlament umgehend Zugang zu diesen Informationen zu gewähren;

3. fordert die Kommission und den Gemeinsamen Programmierungsausschuss des Interreg-Ostseeraums auf, für eine angemessene Finanzierung der Forschung und der Maßnahmen zu sorgen, die erforderlich ist bzw. sind, um die Gefahren zu beseitigen, die von der in der Ostsee versenkten Munition ausgehen; begrüßt die gezielten Anstrengungen und konstruktiven Forschungsarbeiten der HELCOM im Rahmen der Projekte CHEMSEA, DAIMON und DAIMON 2, die im Rahmen des Interreg-Programms für den Ostseeraum finanziert wurden;

4. fordert alle beteiligten Parteien auf, das internationale Umweltrecht einzuhalten und zusätzliche finanzielle Beiträge zum Interreg-Programm für den Ostseeraum 2021–2027 zu leisten; begrüßt das transnationale Interreg-Programm für den Ostseeraum 2021–2027, mit dem Maßnahmen zur Verringerung der Verschmutzung der Ostsee finanziert werden sollen;

5. betont, dass der Korrosionszustand der Munition regelmäßig kontrolliert und eine aktuelle Umweltverträglichkeitsprüfung der Auswirkungen der freigesetzten Schadstoffe auf die Gesundheit des Menschen, die Meeresökosysteme und die biologische Vielfalt in der Region durchgeführt werden muss;

6. begrüßt die auf nationaler Ebene unternommenen Anstrengungen wie die Kartierung der Lage der versenkten Munition sowie die Überwachung und Beseitigung gefährlicher Stoffe;

7. betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Mechanismen der zwischenstaatlichen und interregionalen Zusammenarbeit, des freien Zugangs zu öffentlichen Informationen und des effizienten Austauschs von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Forschungsarbeiten;

8. fordert die Kommission auf, im Hinblick auf die Verwirklichung ihres Null-Schadstoff-Ziels für eine schadstofffreie Umwelt eine Sachverständigengruppe unter Beteiligung

der betroffenen Mitgliedstaaten und anderer Interessenträger und Organisationen einzusetzen, die mit folgendem Mandat betraut ist: i) Untersuchung und Kartierung der genauen Lage kontaminierter Gebiete, ii) Vorschlag geeigneter umweltfreundlicher und kosteneffizienter Lösungen für die Überwachung und Reinigung der Verschmutzung mit dem letztendlichen Ziel der Beseitigung oder vollständigen Neutralisierung gefährlicher Stoffe in Fällen, in denen eine Bergung nicht möglich ist, iii) Entwicklung zuverlässiger Instrumente zur Unterstützung der Entscheidungsfindung, iv) Durchführung einer Kampagne zur Sensibilisierung der betroffenen Gruppen (z. B. Fischer, Anwohner, Touristen und Investoren) für die potenziellen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Risiken und v) Ausarbeitung von Leitlinien für Notfallmaßnahmen bei Umweltkatastrophen;

9. bedauert, dass von den 8,8 Mio. EUR, die im Rahmen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments bereitgestellt wurden, kein einziger Euro für die Projekte DAIMON und DAIMON 2 im Rahmen des Interreg-Programms für den Ostseeraum verwendet wurde;

10. fordert die Kommission auf, alle einschlägigen sonstigen Stellen der EU einschließlich der Europäischen Verteidigungsagentur einzubinden, alle verfügbaren Ressourcen zu nutzen und dafür Sorge zu tragen, dass das Problem in allen einschlägigen Maßnahmen und Programmplanungsverfahren der EU, auch in der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und im Aktionsplan für die Strategie für maritime Sicherheit, aufgegriffen wird;

11. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Frage der in Gewässern der EU versenkten Munition in die Querschnittsprogramme aufgenommen wird, um die Einreichung von Projekten für Regionen zu ermöglichen, in denen sich das Problem in gleicher Weise stellt (Adriatisches und Ionisches Meer, Nordsee und Ostsee), und den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren zu erleichtern;

12. fordert die Kommission auf, konzertierte Anstrengungen zur Bekämpfung der Verschmutzung der Ostsee zu unternehmen und zu diesem Zweck alle Formen der regionalen, nationalen und internationalen Zusammenarbeit zu fördern, auch im Rahmen ihrer Partnerschaft mit der NATO;

13. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und anderer betroffener Staaten zu übermitteln.

14.7. Fragebogen für die BSPC-Mitglieder zu Munitionsaltlasten in der Ostsee

Peter Stein

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berichterstatter bei der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) über Munitionsaltlasten

Berlin, 07.05.2021

Munitionsaltlasten in der Ostsee

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Berichterstatter über Munitionsaltlasten möchte ich dem Ständigen Ausschuss der BSPC dafür danken, dass er dafür gesorgt hat, dass das Thema "Blindgänger und Munitionsaltlasten" (UXO) seit vielen Jahren von der Ostseeparlamentarierkonferenz intensiv behandelt wird.

Auch die Tatsache, dass dieses Thema mittlerweile in ganz Europa stärker beachtet wird, ist ein Erfolg der Aktivitäten der Ostseeparlamentarierkonferenz. Konkret ist diese stärkere Beachtung unter anderem auf die einstimmigen Entschließungen der 28. und 29. Jahreskonferenz der BSPC und den Zwischenbericht über Munitionsaltlasten der BSPC aus dem Jahr 2020 zurückzuführen.

Im Rahmen der 30. Jahreskonferenz werde ich wie geplant meinen Abschlussbericht als Berichterstatter vorlegen. Der Bericht wird einen Überblick über die konkreten nationalen und regionalen Aktivitäten enthalten, die seit vergangenen Sommer in Bezug auf den Umgang mit Munitionsaltlasten stattgefunden haben, und der Frage nachgehen, wie aktuelle Entwicklungen zu bewerten sind.

Es wäre sehr hilfreich, wenn Sie die Vorbereitungen zur Erstellung eines Überblicks über den aktuellen Stand der Aktivitäten in den einzelnen Mitgliedstaaten der Ostseeparlamentarierkonferenz unterstützen und mir zu diesem Zweck die beigefügten Fragen beantworten könnten. Ich bin insbesondere an den Aktivitäten auf parlamentarischer Ebene und den Überlegungen aus parlamentarischer Perspektive interessiert.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir die Antworten auf die unten stehenden Fragen bis Ende Juni zusenden könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Stein, MdB

Fragebogen zu Munitionsaltlasten:

1. Gibt es Ihrerseits Anmerkungen zur Umsetzung von Punkt Nr. 15 in der Entschließung der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz?

2. Gibt es Ihrerseits Anmerkungen zu den in Kapitel 11 ("Nächste Schritte") des Zwischenberichts über Munitionsaltlasten genannten Vorschlägen? (Link)

3. Welche aktuellen oder geplanten nationalen/regionalen Aktivitäten/Initiativen Ihres Landes/Ihrer Region im Bereich der Munitionsaltlasten in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie sind Ihnen bekannt?

4. Stehen Sie in Kontakt zu Vertretern des Staates, der Wissenschaft oder der Wirtschaft zu diesem Thema?

5. Sind Ihnen Fälle/gefährliche Ereignisse bekannt, die in Bezug auf explosive Kampfmittel in den Hoheitsgewässern Ihres Landes seit der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz stattgefunden haben?

6. Gibt es aus Ihrer Sicht Anmerkungen zu den Maßnahmen, die in der beigefügten Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 26. April 2021 erwähnt werden? (Link)

7. Wie stark sollte die Rolle der Ostseeparlamentarierkonferenz, des Ostseerates, der Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM), der EU und weiterer internationaler Institutionen beim Umgang mit Munitionsaltlasten künftig sein?

8. Gibt es Ihrerseits konkrete Vorschläge für einen multinationalen Ansatz in Bezug auf den Umgang mit Munitionsaltlasten?

9. Was halten Sie von der Aufforderung zur Einsetzung eines freiwilligen, multinationalen Geberfonds, um eine Initiative zur Beseitigung von Munition im Meer ("Ocean Munitions Clearance Initiative") auf den Weg zu bringen?

14.8. Antworten auf den Fragebogen

14.8.1. Polen

Sławomir Rybicki

SENATOR DER REPUBLIK POLEN

Gdynia, 22. Juni 2021

Peter Stein

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berichterstatter bei der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) über Munitionsaltlasten

Sehr geehrter Herr Stein,

ich nehme Bezug auf Ihr Schreiben und übersende Ihnen nachfolgend die Antworten auf Ihre Fragen.

1. Gibt es Ihrerseits aktuelle Anmerkungen zur Umsetzung von Punkt Nr. 15 in der Entschließung der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz?

Ich stimme den Prioritäten des deutschen HELCOM-Vorsitzes zu.

2. Gibt es Ihrerseits Anmerkungen zu den in Kapitel 11 ("Nächste Schritte") des Zwischenberichts über Munitionsaltlasten genannten Vorschlägen? (Link)

Ich stimme auch den "Nächsten Schritten" zu.

Aus meiner Sicht geht es im Wesentlichen darum, Daten, Forschungsmethoden und den Ort des Informationsaustauschs zu vereinheitlichen. Dies ist entscheidend für eine gute Planung. Wir sollten dafür sorgen, dass diese Gremien stets über eine große Bandbreite an Experten verfügen. Eine gute Diagnose trägt zur Erarbeitung einer guten Strategie bei und gewährleistet eine tragfähige und solide Finanzierung.

Ich möchte hinzufügen, dass die Vorgehensweise auch Studien über Tiere und Pflanzen beinhalten muss - ebenso wie geschützte Arten und solche Arten, die für besondere Zwecke benötigt werden.

Darüber hinaus möchte ich anmerken, dass bei standardisierten Verfahren für den Umgang mit gefährlichen Stoffen auch die Folgen von Explosionen auf das Ökosystem berücksichtigt werden sollten.

3. Welche aktuellen oder geplanten nationalen/regionalen Aktivitäten/Initiativen Ihres Landes/Ihrer Region im Bereich der Munitionsaltlasten in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie sind Ihnen bekannt?

Ich habe kontinuierlich Informationen über Aktivitäten in Bezug auf versenkte Munition in den Bereichen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie erhalten.

Im Bereich der Wissenschaft betrifft dies beispielsweise das Projekt DAIMON 2 oder die Studie über Schiffswracks, mit deren Hilfe versenkter Treibstoff gefunden werden soll.

Der Plan der Regierung und der Parlamentsmehrheit sieht Maßnahmen in diesem Zusammenhang vor, allerdings sind mir keine Einzelheiten dazu bekannt.

4. Stehen Sie in Kontakt mit Vertretern des Staates, der Wissenschaft oder der Wirtschaft zu diesem Thema?

Ich habe eine offizielle Anfrage an die Regierung zu diesem Thema gerichtet, um in Erfahrung zu bringen, welche Maßnahmen von Seiten der Regierung getroffen wurden und noch getroffen werden.

Als Mitglied des Umweltausschusses des polnischen Senats habe ich die Ausschusssitzung initiiert, die sich mit diesem Thema befasst hat (25.02.2020).

Im Hinblick auf die jüngsten Maßnahmen der Regierung erwarte ich die Antwort des Ministers über die Resultate der Tätigkeit des vom Ministerpräsidenten eingesetzten zuständigen ressortübergreifenden Teams und dessen künftige Pläne.

5. *Sind Ihnen Fälle/gefährliche Ereignisse bekannt, die in Bezug auf explosive Kampfmittel in den Hoheitsgewässern Ihres Landes seit der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz stattgefunden haben?*

Kurz vor der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz im Juni 2020 wurde die Mine, die in der Nähe der Einfahrt des Hafens von Gdynia lag, in tieferes Gewässer in der Bucht geschleppt und anschließend dort gesprengt (Gewicht der Mine: 987 kg).

Im September 2020 wurden zwei Seeminen, die auf dem Grund des Śmiała-Wisła-Kanals in Danzig lagen (Gewicht ca. 1.000 kg), fortgeschleppt und zur Explosion gebracht.

Im Oktober 2020 wurde in Świnoujście in der Nähe des Fährübergangs Karsibór eine britische Tallboy-Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckt (Gesamtgewicht ca. 5.400 kg). Aufgrund des nicht erfolgreichen Verpuffungsprozesses kam es zu einer nicht geplanten Detonation. Niemand kam zu Schaden.

6. Gibt es aus Ihrer Sicht Anmerkungen zu den Maßnahmen, die in der beigefügten Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 27. April 2021 erwähnt werden? (Link)

Im Großen und Ganzen stimme ich dem Inhalt der Entschließung zu.

Es ist wichtig, dass die Überwachung von Gefahren als Nächstes gesetzlich verankert (z.B. in Navigations- oder Fischereikarten) und in Navigationswarnungen übertragen wird. Darüber hinaus sollten die betreffenden Zonen von der wirtschaftlichen Nutzung ausgenommen werden.

7. Wie stark sollte die Rolle der Ostseeparlamentarierkonferenz, des Ostseerates, der Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM), der EU und weiterer internationaler Institutionen beim Umgang mit Munitionsaltlasten künftig sein?

Internationale Zusammenarbeit ist zwingend notwendig. Die Rolle sollte so festgelegt sein (Experten sollten optimale Lösungen entwickeln, die von der Politik akzeptiert werden, um deren Umsetzung zu gewährleisten), dass wir effektiv weiterkommen. Wir dürfen auch die NATO in diesem Projekt nicht außen vor lassen.

8. Gibt es Ihrerseits konkrete Vorschläge für einen multinationalen Ansatz in Bezug auf den Umgang mit Munitionsaltlasten?

Wir dürfen die regionalen Behörden im gesamten Prozess nicht außen vor lassen - die Kommunalverwaltungen müssen in die Aktivitäten einbezogen werden.

Es ist sehr wichtig, den rechtlichen Rahmen im Konsensverfahren zu entwickeln - beispielsweise Verfahren, die die Eigentumsverhältnisse bei bestimmten Munitionsaltlasten definieren und bestimmen, ob, und wenn ja, wann und wie es möglich ist, einem bestimmten Land die Kosten in Rechnung zu stellen usw.

9. Was halten Sie von der Aufforderung zur Einsetzung eines freiwilligen, multinationalen Geberfonds, um eine Initiative zur Beseitigung von Munition im Meer ("Ocean Munitions Clearance Initiative") auf den Weg zu bringen?

Die ist eine gute Idee - vorausgesetzt, sie ist wirksam.

Es stellt eine große Herausforderung dar und erfordert, dass seitens der Akteure nachhaltige Maßnahmen getroffen werden. Daher ist eine stabile und mehrjährige Finanzierung notwendig. Ich bin der Auffassung, dass dies aus verschiedenen Quellen finanziert werden sollte - eine solche Diversifizierung bietet Aussicht auf Stabilität und stärkt die Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

/- / Sławomir Rybicki

14.8.2. Russland

Moskau, 28. Juni 2021

INFORMATIONEN

über die Aktivitäten der Russischen Föderation in Bezug auf das Problem der in der Ostsee versenkten chemischen Waffen

Das Ministerium für natürliche Ressourcen der Russischen Föderation orientiert sich bei seinen Aktivitäten in Bezug auf die während des Zweiten Weltkrieges (1941-1945) in der Ostsee versenkten chemischen Waffen an den Unterlagen der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (im Folgenden als "HELCOM" bezeichnet). Aus dem 2013 angenommenen HELCOM-Bericht folgt, dass die versenkten chemischen Waffen der Umwelt in der Ostsee keinen nennenswerten Schaden zufügen, da die Auswirkungen der chemischen Waffen auf den aktuellen ökologischen Status der Ostsee vor dem Hintergrund einer Vielzahl von Schadstoffen aus Industrie, Verkehr und Landwirtschaft nicht erheblich sind.

Das Ministerium der Russischen Föderation für Zivilverteidigung, Notfallsituationen und Katastrophenschutz ist für die Prävention und Lösung von Notfallsituationen bei potenziell gefährlichen Objekten unter Wasser (im Folgenden als "PDO" bezeichnet) in den Binnen- und Hoheitsgewässern der Russischen Föderation zuständig. Darüber hinaus führt es das PDO-Verzeichnis für Binnen- und Hoheitsgewässer der Russischen Föderation (mit Ausnahme der Unterwasser-Querungen von Pipeline-Transporten) (im Folgenden als "Register" bezeichnet).

Den Daten des Registers zufolge befinden sich derzeit 40 Objekte in der Ostsee, die explosive Gegenstände enthalten (im Folgenden als "EO" bezeichnet) (Schiffe und U-Boote, die während des Zweiten Weltkrieges zwischen 1941 und 1945 gesunken sind).

Das gefährlichste Objekt ist ein selbstfahrender Lastkahn (im Folgenden als "Kahn" bezeichnet), der in einer Tiefe von 17 Metern an der äußeren Reede des Hafens von Baltiysk (Pillau) in der Region Kaliningrad auf Grund liegt. Während der planmäßigen Arbeiten an dem Kahn wurden seit 2010 über 10.000 Tonnen EO an die Oberfläche geholt und zerstört. Im Jahr 2021 plant das russische Ministerium für Notfallsituationen, die Arbeiten an dem Kahn fortzusetzen und 7 Objekte zu überwachen, die sich in der Ostsee im Zuständigkeitsbereich des maritimen Rettungs- und Koordinierungszentrums Kaliningrad befinden.

14.8.3. Schweden

Peter Stein
Mitglied des Deutschen Bundestages
Berichterstatter bei der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) über Munitionsaltlasten

Munitionsaltlasten in der Ostsee

Fragebogen zur Vorbereitung des Berichts des Berichterstatters der BSPC:

1. **Gibt es Ihrerseits aktuelle Anmerkungen zur Umsetzung von Punkt Nr. 15 in der Entschließung der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz?**

   Die schwedische Delegation hat eine Antwort von der schwedischen Regierung in Bezug auf Empfehlung Nr. 15 in der Entschließung der 29. BSPC erhalten, in der die schwedische Regierung ihre Unterstützung für den deutschen HELCOM-Vorsitz und seine Maßnahmen zur Überwachung und Lösung des Problems von Munitionsaltlasten, Schiffwracks und Geisternetzen zum Ausdruck bringt. Die schwedische Regierung hat darüber hinaus nationale Programme weiterentwickelt, in deren Rahmen verschiedene Schiffswracks identifiziert wurden, für die ein Dekontaminationsprogramm initiiert wurde. Ein weiteres Beispiel für bereits getroffene Maßnahmen ist das ehrgeizige Programm für die Dekontaminierung von verseuchtem Boden, das sich größtenteils auf frühere industrielle Aktivitäten bezieht und auch Hafen- und Meeresgebiete sowie finanzielle Unterstützung für den Fischereisektor bei seinen Bemühungen um die Bergung von verlorenem Fanggerät umfasst. Im Hinblick auf Seeminen aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg unterstützen schwedische Marineeinheiten weiterhin die baltischen Staaten bei der Beseitigung von Unterwasserminen. Diese Unterstützung erfolgt zum einen aus ökologischen Gründen und zum anderen zwecks Sicherung der Seeverkehrsverbindungen in der Ostsee. Die Delegation unterstützt die diesbezüglichen Maßnahmen der Regierung und hat zu diesem Punkt keine weiteren Anmerkungen.

2. **Gibt es Ihrerseits Anmerkungen zu den in Kapitel 11 ("Nächste Schritte") des Zwischenberichts über Munitionsaltlasten genannten Vorschlägen? (link)**

   Die schwedische Delegation bei der BSPC unterstützt die sichere, effiziente und umweltfreundliche Beseitigung von Munitionsaltlasten sowie den Vorschlag, den Ostseeraum als Pilotregion zu betrachten.

3. **Welche aktuellen oder geplanten nationalen/regionalen Aktivitäten/Initiativen Ihres Landes/Ihrer Region im**

Bereich der Munitionsaltlasten in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie sind Ihnen bekannt?

Die Technische Hochschule Chalmers in Göteborg nimmt an dem Forschungsprojekt DAIMON II teil. Ziel des Projekts ist, den Kenntnisstand darüber zu erweitern, wie die Risiken und Vorteile verschiedener Managementoptionen evaluiert werden können; der Schwerpunkt liegt dabei auf der Frage, inwieweit die Unterstützung von Experten bei der Bewertung und Steuerung der von Munitionsaltlasten ausgehenden Gefahr gestärkt werden kann.

Die schwedische Meeres- und Wasserwirtschaftsbehörde ist an einem Projekt in der Nähe der Insel Måseskär im Skagerrak beteiligt. Im Jahr 1992 wurden geringe Mengen an Senfgas in den Sedimenten in diesem Gebiet entdeckt, und 2016 und 2017 wurden geringe Mengen des chemischen Kampfstoffs Clark I in norwegischem Hummer, Plattfisch und Garnelen gefunden. Im Rahmen des laufenden Projekts soll festgestellt werden, welche Schiffswracks chemische Kampfstoffe enthalten, wie weit die Kontamination fortgeschritten ist und welche möglichen ökologischen Folgen daraus resultieren und ob sie eine Ursache für die Verbreitung von chemischen Munitionsstoffen sind. Ein weiterer Aspekt ist die Frage, inwieweit maritime Aktivitäten, z.B. die Fischerei, in dem Gebiet begrenzt werden können, um die Verbreitung gefährlicher Stoffe zu verhindern.

4. **Stehen Sie in Kontakt mit Vertretern des Staates, der Wissenschaft oder der Wirtschaft zu diesem Thema?**

   Die schwedische Delegation ist ein Mal mit Experten von der schwedischen Meeres- und Wasserwirtschaftsbehörde und den schwedischen Streitkräften zusammengetroffen, um über Munitionsaltlasten, laufende Projekte und Prioritäten und Forschungsprojekte in dem Bereich zu sprechen.

5. **Sind Ihnen Fälle/gefährliche Ereignisse bekannt, die in Bezug auf explosive Kampfmittel in den Hoheitsgewässern Ihres Landes seit der 29. Ostseeparlamentarierkonferenz stattgefunden haben?**

   In einem aktuellen Fall vom 17. Juni 2021 wurde eine im Wasser treibende Seemine in der Nähe der Küste von Härnösand beobachtet. Die Mine wurde von einem Segler gefunden und vor Ort zerstört. Darüber hinaus wurde im letzten Jahr über einen weiteren Fall berichtet, als im vergangenen Jahr bei Reinigungsarbeiten am Strand in Fjällbacka an der schwedischen Westküste eine Granate gefunden wurde. Die Polizei brachte die Granate zur Explosion. Man kam zu dem Schluss, dass es sich dabei um eine gefährliche Phosphorgranate aus US-amerikanischer Produktion handelte.

6. **Gibt es aus Ihrer Sicht Anmerkungen zu den Maßnahmen, die in der beigefügten Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 27. April 2021 erwähnt werden? (link)'**

   Nein.

7. **Wie stark sollte die Rolle der Ostseeparlamentarierkonferenz, des Ostseerates, der Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM), der EU und weiterer internationaler Institutionen beim Umgang mit Munitionsaltlasten künftig sein?**

   Die schwedische Delegation unterstützt die Bemühungen des BSPC-Berichterstatters. Chemische und konventionelle Munitionsaltlasten in der Ostsee sind ein ernsthaftes Problem, das im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gelöst werden muss. Die Delegation unterstützt deshalb die Kooperation und Koordination in dem Bereich.

8. **Gibt es Ihrerseits konkrete Vorschläge für einen multinationalen Ansatz in Bezug auf den Umgang mit Munitionsaltlasten?**

   Nein.

9. **Was halten Sie von der Aufforderung zur Einsetzung eines freiwilligen, multinationalen Geberfonds, um eine Initiative zur Beseitigung von Munition im Meer ("Ocean Munitions Clearance Initiative") auf den Weg zu bringen?**

   Hierzu haben wir keine besondere Auffassung.

14.9. Antrag im Deutschen Bundestag

Deutscher Bundestag **Drucksache 19/29283**

19. Wahlperiode 04.05.2021

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Verantwortungsbewusster Umgang mit Kampfmitteln in Nord- und Ostsee – Technologien der maritimen Wirtschaft nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach aktuellen Schätzungen befinden sich in deutschen Gewässern der Nord- und Ostsee mindestens noch bis zu 1,63 Millionen Tonnen Munition, davon konventionelle und mindestens 300.000 Tonnen chemische Kampfstoffe. In der Ostsee belaufen sich die Schätzungen auf mindestens 300.000 Tonnen im Ostseebereich konventionelle und mindestens 50.000 Tonnen chemische Kampfstoffe. In der Nordsee wurden darüber hinaus 170.000 Tonnen chemische Munition (Skagerrak, europäisches Nordmeer, deutsche Bucht) versenkt, davon rund 90 Tonnen in deutschen Meeresgewässern vor Helgoland. In der Ostsee wurden ca. 50.000 Tonnen chemische Kampfstoffmunition versenkt (Bornholm-Becken, Gotland-Becken, Kleiner Belt), davon 5.000 in deutschen Gewässern. Diese gefährlichen Kriegshinterlassenschaften stellen auch aufgrund voranschreitender Korrosion eine zunehmende und erhebliche Gefahr für das marine Ökosystem und damit für den Menschen dar. Darüber hinaus geht von ihnen ein Risiko für die maritime Wirtschaft aus, sei es für die Schifffahrt, das Fischereiwesen oder für die Offshore-Infrastruktur, aber auch für den Tourismus an den Küsten.

Die Kenntnis über das Vorhandensein und über die von den Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee ausgehenden erheblichen ökologischen aber auch ökonomischen Schäden und Gefahren ist nicht neu. In historischen Archiven verschiedener Länder ist zum Teil sehr gut dokumentiert, wo seit dem Ende des 19. Jahrhunderts jeweils welche Kampfmitteltypen versenkt wurden. Militärhistorische Archive und Marinearchive stellen eine wichtige Quelle dar. Aber natürlich ist im Laufe der Geschichte nicht alles vollständig und richtig dokumentiert worden, zumal es sich bei den Munitionsaltlasten nicht nur um gezielt verklappte Kampfmittel handelt, sondern auch um eine Vielzahl an abgeworfenen Blindgängern, um Seeminen sowie um Munitionsreste in Schiffswracks, deren genaue Ladungen teilweise auch der Geheimhaltung unterliegen. Über das Baltic Ordnance Safety Board tauschen sich die NATO-Partner gemeinsam mit Schweden und Finnland über aktuelle Funde und Entwicklungen regelmäßig aus. Weitere gezielte Maßnahmen zur Detektion und Dokumentation der Kampfmittel sind aber dennoch zwingend erforderlich, insbesondere hinsichtlich der Zusammenführung nationaler Datenbestände.

In den zurückliegenden Jahrzehnten haben die nationalen Akteure der Nord- und Ostseeanrainer viel Erfahrung im Umgang mit den Munitionsaltlasten sammeln können und dadurch eine hohe Expertise entwickelt. Das betrifft zum einen eine Vielzahl an Forschern, Instituten, national und international geförderten Projekten, aber auch etliche Privatunternehmen, die spezialisierte Lösungen anbieten. Auch die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure untereinander ist stärker vorhanden. Besonders hervorzuheben ist die herausragende Expertise auf Seiten der deutschen Wissenschaft aber auch Forschung und Entwicklung der deutschen maritimen Industrie, die im Bereich „Munitionsaltlasten im Meer“ im weltweiten Vergleich führend sind. Dazu zählen auch verschiedene deutsche und multinationale Forschungsprogramme unter deutscher Beteiligung, die sich mit der Bedrohungslage auseinandersetzen und eine Risikobewertung vornehmen, schädliche Auswirkungen auf Mensch und Umwelt im Handeln und Wirtschaften nachweisen und Handlungsempfehlungen aussprechen.

Im Februar 2019 wurden die Ergebnisse des von der Europäischen Union geförderten Interreg Baltic Sea Region Forschungsprojekts DAIMON (Decision Aid for Marine Munitions) vorgestellt. Beteiligt waren Forscher aus Polen, Deutschland, Schweden, Finnland und Norwegen. Mittlerweile läuft das Folgeprojekt DAIMON 2 (2019 bis 2021). Ein weiteres prominentes multinationales Forschungsprojekt ist jenes der HELCOM-Expertengruppe SUBMERGED (Expert Group on Environmental Risks of Hazardous Submerged Objects), dessen Abschlussbericht erwartet wird.

Ebenfalls unter deutscher Beteiligung aus Wissenschaft und Wirtschaft nimmt das von der Europäischen Kommission aus Mitteln des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) geförderte Projekt BASTA verstärkt die Möglichkeiten zur Detektion von Kampfmitteln und daraus freigesetzten Chemikalien in den Fokus.

Die ersten nationalen Erkenntnisse wurden bereits 1993 unter deutscher Federführung in die einschlägige Arbeit von HELCOM eingepflegt. Im Jahr 1995 präsentierte eine zu diesem Thema eingesetzte ad-hoc-Arbeitsgruppe den sog. CHEMU Bericht. Bis 2013 wurde der HELCOM CHEMU Bericht aktualisiert und schließlich durch HELCOM MUNI ersetzt. Im selben Jahr wurde auch die HELCOM-Expertengruppe SUBMERGED unter der Arbeitsgruppe RESPONSE eingesetzt, die seitdem die Arbeiten fortführt. Begleitend wurden Forschungen von oder mit Beteiligung von HELCOM durchgeführt (u. a. CHEMSEA) und Richtlinien zu Risiken und dem Umgang damit für Fischer herausgegeben.

Maßgeblich zur heutigen Erkenntnislage beigetragen hat auch das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Forschungsprojekt UDEMM, das im August 2019 erfolgreich abgeschlossen wurde. Besonders hervorzuheben ist auch das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Projekt RoBEMM zur Entwicklung und Erprobung eines robotischen Unterwasser-Bergungs- und Entsorgungsverfahrens inklusive Technik zur Delaboration von Munition im Meer im Küsten- und Flachwasserbereich.

Zum 1. Juli 2020 hat Deutschland für zwei Jahre den Vorsitz von HELCOM übernommen – jeweils für ein Jahr haben die Bundesländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern den Co-Vorsitz inne. Das Thema „Munitionsaltlasten“ wurde von der Bundesregierung zu einem Schwerpunkt gemacht. Hauptziele sind dabei die Verbesserung der Daten- und Bewertungsgrundlage inklusive Bestandsaufnahme, Monitoring und Modellierung, die Abschätzung toxischer Wirkungen kampfmitteltypischer Verbindungen auf die Meeresumwelt der Ostsee sowie Anreicherung über die Nahrungskette und mögliche Auswirkungen auf den Menschen. Die Nutzung von Bioindikatoren wird ebenfalls untersucht.

Auf dieser Basis, begleitet von sozioökonomischen Analysen, sollen weitere Handlungsoptionen erarbeitet werden. Diese umfassen, nach einer gemeinsamen Beobachtung, Priorisierung und Risikoabschätzung und folgender Identifizierung von Hotspots, auch die zunächst pilothafte Bergung und Vernichtung von Munitionsaltlasten.

Begleitend sind die Bereitstellung von Informationen für die Öffentlichkeit und ein interdisziplinärer wie regionaler Austausch zu Verfahren und Ansätzen der HELCOM Vertragsparteien zu Best Practice des Monitorings vorgesehen. Weiterhin sollen eine weitere Risikoabschätzung und Empfehlungen für weitere Maßnahmen abgegeben werden. Grundlage für die Bearbeitung des Schwerpunktthemas Munitionsaltlasten ist für Deutschland dabei der Bericht „Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer – Bestandaufnahme und Empfehlungen (erste Veröffentlichung im Jahr 2011)“ des Expertenkreises der Bund-Länderarbeitsgruppe Nord- und Ostsee (BLANO-EK) „Munition im Meer“ und dessen jährliche Aktualisierung.

Die Forschungsergebnisse wie die von DAIMON in Verbindung mit der von der deutschen Delegation angestoßenen Antragsinitiative zur Resolution der 28. Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) lösten eine neue und begrüßenswerte Dynamik aus, das Problem der Munitionsaltlasten verstärkt anzugehen. Allein in Deutschland wurde im Zeitraum von Anfang 2019 bis zur Jahreshälfte 2020 rund fünfzigmal in regionalen und überregionalen Print- und Onlinemedien über das Thema berichtet. Einen zwischenzeitlichen Höhepunkt erreichte das öffentliche Interesse im Spätsommer 2019, nachdem die im Vorfeld eines NATO-Manövers 39 auf dem Grund des Naturschutzgebietes Fehmarnbelts liegenden britischen Seeminen vom Typ MK 1-7 gesprengt wurden. Nach den Sprengungen wurden 24 tot aufgefundene Schweinswale obduziert und die Frage der Umweltverträglichkeit und insbesondere der Auswirkungen auf die Schweinswale wie auch der Zuständigkeiten offen diskutiert.

Es bleibt festzuhalten, dass an dem Themenfeld seit mehreren Jahrzehnten international geforscht wird und eine Vielzahl wichtiger Erkenntnisse gewonnen werden konnten, insbesondere auch hinsichtlich der schädlichen Auswirkungen der giftigen Kampfmittel auf das marine Ökosystem. Auch die Technologien zur Detektion und zur Bergung haben sich in den letzten Jahren sehr verbessert, insbesondere durch digitale Prozesse. Deutschland ist in diesem Bereich im internationalen Vergleich führend. Diese bemerkenswerten Fortschritte sind überwiegend nur in Fachkreisen bekannt. Punktuelle Vorfälle oder Unfälle, bei denen Badegäste am Ostseestrand weißen Phosphor mit Bernstein verwechseln und sich schwere Verletzungen zuziehen, werfen ein Schlaglicht auf die Gefahren durch die Munitionsaltlasten. Bei den erwähnten öffentlichkeitswirksamen Ereignissen wird deutlich, dass in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die bestehenden Risiken vorhanden ist und eine Lösung grundsätzlich gewünscht wird.

Es ist davon auszugehen, dass das Gefahrenbewusstsein der Bevölkerung steigen wird, wenn vermehrt Giftstoffe in Fisch- und Muschelbeständen nachgewiesen werden, die erhebliche Auswirkungen auf unsere Fischerei haben können. Schutzgebiete oder Schifffahrtsrouten sind bedroht, der für das Erreichen der Klimaziele so wichtige Ausbau von Offshore-Windkraftanlagen oder Pipelines wird stark beeinträchtigt.

Ein Konzept zur Beräumung von Nord- und Ostsee muss alsbald folgen. Eine Klärung der finanziellen und organisatorischen Zuständigkeiten darf nicht an einer Debatte über die historische Verantwortung für den Eintrag der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee scheitern. Eine Klärung dieser Frage zwischen den betroffenen Anrainern und sonstigen Akteuren an und in Nord- und Ostsee ist jedoch kompliziert und sie wird noch lange andauern. Es ist nicht mit einem schnellen Ergebnis zu rechnen. Die Vermeidung von Risiken für den Mensch muss dabei weiterhin oberste Priorität haben. Denn nach einem Munitionsfund muss im Gefahrenfall oft schnell, umweltgerecht und in jeglicher Hinsicht nachhaltig agiert werden können.

Doch nicht nur das Handeln im Rahmen der Gefahrenabwehr bedarf einer soliden Basis. Auch bekannte Fundstätten insbesondere in größeren Versenkungsgebieten bedürfen einer geordneten Herangehensweise, um langfristig möglichen Umweltschäden vorzubeugen. Nach einer Priorisierung der Umweltauswirkungen solcher Hotspots muss nicht nur national, sondern auch regional abgestimmt agiert werden, ohne hierbei

nationalstaatliche Interessen in den Vordergrund zu stellen. Hier könnte eine freiwillige Geberkonferenz der Anrainerstaaten den Knoten zum Platzen bringen und erste gemeinsame Schritte zur Bergung von Munitionsaltlasten möglich machen.

Bis es soweit ist, sollte Deutschland nationale Schritte einleiten und seinen internationalen Partnern zeigen, dass das Bergen und Unschädlichmachen der Kampfmittel im Meer ökologisch verträglich und zu überschaubaren Kosten möglich ist. Zum einen können die neuen technischen Möglichkeiten einen Beitrag zum Schutz der Meeresumwelt leisten. Bei den bisherigen Unterwassersprengungen verbreiten sich die Giftstoffe, die zuvor in der korrodierenden Munition eingeschlossen waren, schlagartig im Meeresraum, Meereslebewesen werden durch die Detonation verletzt oder sogar getötet. Mit den neuen technischen Möglichkeiten können Munitionsaltlasten sicher vom Meeresboden entnommen und mithilfe einer Plattform oberhalb der Wasseroberfläche delaboriert werden. Zum anderen können und werden die aktuellen technischen Möglichkeiten zu einer erheblichen Reduzierung der Kosten für Bergung und Delaborierung von Munitionsaltlasten führen. Daher muss die Privatwirtschaft aus dem Bereich Meerestechnik über regelmäßige Ausschreibungen der vorgeschlagenen, notwendigen Maßnahmen am Prozess wirtschaftlich beteiligt werden. Das unterstützt eine stetige technologische Weiterentwicklung und eine entsprechende Wertschöpfung in Deutschland.

Der Nord- und Ostseeraum kann damit Pilotregion für eine nachhaltige, wissenschaftliche, technologische und marktwirtschaftlich-wertschöpfende Lösung der Altlastenproblematik der Munition und sonstiger verklappter oder verlorener Gefahrgüter in weltweiten Gewässern werden.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

1. den Beschluss der 96. Umweltministerkonferenz vom 23. April 2021, die Bestandsaufnahme der Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer fortzuschreiben und zu aktualisieren;
2. die Tätigkeit der Bund-Länderarbeitsgruppe Nord- und Ostsee (BLANO) und deren Expertenkreises (EK) „Munition im Meer“;
3. die Ergebnisse des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekts UDEMM und des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geförderten Projekts RoBEMM;
4. die Beteiligung Deutschlands am internationalen Forschungsprojekt DAIMON;
5. die Vernetzung von unterschiedlichen Akteuren aus dem öffentlichen Sektor sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie über Plattformen wie z. B. das Munitect-Netzwerk (Ökonomische Sensorsysteme zur Munitionsdetektion unter Wasser) oder BASTA (Boost Applied munition detection through Smart data inTegration and AI workflows);
6. dass eine Arbeitsgruppe, die nach ressortübergreifender Abstimmung zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unter Beteiligung aller betroffenen Bundes- und Landesbehörden am 11. März 2020 eingesetzt wurde, einen Leitfaden mit dem Arbeitstitel „Naturschutzrechtliche und -fachliche Anforderungen an die Beräumung/Beseitigung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee“ unter Federführung des Bundesamtes für Naturschutz zügig vollenden wird;

7. die Übernahme des HELCOM-Vorsitzes zum 1. Juli 2020 für die Dauer von zwei Jahren durch die Bundesregierung mit dem jeweils für ein Jahr andauernden Co-Vorsitz durch die Regierungen der Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern – und deren thematische Schwerpunktsetzung auf das Thema Munitionsaltlasten;
8. die Initiativen der Delegation des Bundestages bei der BSPC (Baltic Sea Parliamentary Conference; deutsch: Ostseeparlamentarierkonferenz) in den Jahren 2019 und 2020 und den BSPC-Zwischenbericht zu Munitionsaltlasten im Meer von August 2020;
9. dass der Bundesminister des Auswärtigen das Thema Munitionsaltlasten in der Sitzung der Außenminister des Ostseerats im Mai 2020 angesprochen und die Bedeutung einer engen Kooperation aller Anrainer unterstrichen hat;
10. die Beteiligung Deutschlands an dem JPI Ocean Knowledge Hub „Munitions in the Sea“.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Rahmen der jeweiligen Finanzierungskompetenz und vorhandener Haushaltsmittel

Auf nationaler Ebene:

1. innerhalb der gesamten Bundesrepublik Deutschland auf die Schaffung eines nachhaltigen Problembewusstseins hinzuwirken, um auf den dringenden Lösungsbedarf aufmerksam zu machen. Wichtig ist dabei ein realistischer, auf wissenschaftlicher Datenlage und Analyse basierender Ansatz;
2. eine Verständigung zwischen Bund und Ländern herbeizuführen, dass zunächst ein differenziertes Lagebild erhoben wird;
3. den Bitten der Umweltministerkonferenz vom 14. November 2019 (TOP 27) zu entsprechen und zu prüfen, inwieweit nationale Zuständigkeiten und finanzielle Ressourcen gebündelt werden können, um Synergieeffekte zu nutzen;
4. darauf hinzuwirken, dass die Arbeitsgruppe, die nach ressortübergreifender Abstimmung zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unter Beteiligung aller betroffenen Bundes- und Landesbehörden eingesetzt wurde, die Erarbeitung des Leitfadens „Naturschutzrechtliche und -fachliche Anforderungen an die Beräumung/Beseitigung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee“ unter Federführung des Bundesamtes für Naturschutz zügig vollendet;
5. die Entwicklung und Umsetzung technischer Lösungen, wie weitgehend automatisierte, kosteneffiziente flächige Unterwasserräumung und den Bau einer schwimmenden Einheit zu fördern, mit denen konventionelle Kampfmittel ohne Gefahr für Mensch und Ökosystem geborgen und noch auf See unschädlich gemacht werden können. Dafür sind lösungsoffen geeignete Modelle für ihren Betrieb zu prüfen und das unter Beachtung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ausgewählte Modell letztlich zu realisieren;
6. zusätzlich zur Förderung der schwimmenden Einheiten auch die Kapazitäten der bestehenden Entsorgungsanlagen (an Land) auszubauen und für den eventuellen Transport von Munitionsaltlasten, die an Land entsorgt werden, gegebenenfalls eine Anpassung der Gefahrgutverordnung See (GGVSee) vorzunehmen;
7. anhand aktueller Forschungsergebnisse und Handlungsempfehlungen ein Ausschreibungsverfahren für die Detektion und das Bergen von Munitionsaltlasten in nationalen Gewässern zu entwickeln;

8. festzulegen, dass wegen der mit Unterwassersprengungen von Kampfmitteln einhergehenden Impulsbelastung und später deutlich erhöhten Verbreitung von Giftstoffen durch freiliegende Sprengstoffe Unterwassersprengungen von Kampfmitteln möglichst vermieden und nur das Mittel der letzten Wahl sein dürfen bzw. wenn anders eine Gefährdung für den Mensch nicht ausgeschlossen werden kann;
9. in Anbetracht der großen Menge an Munitionslasten eine Priorisierung der Bergung zu prüfen und entsprechend mit der Bergung der gefährlichsten/am stärksten erodierten Munitionsaltlasten zu beginnen;
10. dem Deutschen Bundestag in regelmäßigen Abständen über die Entwicklungen hinsichtlich der Gefahrenlage und der Fortschritte bei technologischer und ökologischer Entwicklung, Detektion und Bergung sowie nationaler und internationaler Kooperationen zu berichten;
11. den Bereich Forschung sowie die nationale und internationale Vernetzung inklusive der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Industrie im Bereich der Munitionsaltlasten im Meer zu unterstützen;
12. der deutschen maritimen Industrie durch geeignete Ausschreibungsverfahren und Förderstrukturen neue Geschäftsfelder sowie durch Forschung und Entwicklung den Erhalt der Technologieführerschaft zu ermöglichen und dadurch Arbeitsplätze zu erhalten bzw. neu zu schaffen;

Auf internationaler Ebene:

13. sich dafür einzusetzen, dass in allen Anrainerstaaten von Nord- und Ostsee ein nachhaltiges Bewusstsein für den sicheren Umgang mit Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee geschaffen wird;
14. sich in den internationalen Gremien für Alternativen zur Unterwassersprengung von Kampfmitteln einzusetzen;
15. in Kooperation mit den Bündnispartnern und der NATO Science & Technology Organisation gemeinsame Verfahren so weiterzuentwickeln, dass es vertretbar wird, detektierte Großkampfmittel im Meer nicht mehr spontan zu sprengen;
16. sich dafür einzusetzen, dass alle aktuellen Forschungen, Erkenntnisse und Ergebnisse zum Thema Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee multinational zusammengeführt und Datenbestände standardisiert werden;
17. sich dafür einzusetzen, dass ein flächendeckendes und vernetztes Monitoring der betroffenen Seegebiete und Objekte in Nord- und Ostsee aufgebaut und betreut wird. Ziel muss die Fähigkeit zu einer fundierten und von allen Beteiligten anerkannten Risikobewertung sein. Zu einer umfangreichen Palette der einzusetzenden Technologien sind Bioindikatoren und toxikologische Grenzwerte hinzuzuziehen;
18. sich dafür einzusetzen, dass eine gemeinsame, multinationale Expertengruppe (Wissenschaft und Technologie/Prozesse) aufgebaut wird, die aus einer ständigen Evaluation regelmäßige Empfehlungen zum gezielten Umgang mit Munitionsaltlasten gibt. Aus einer regelmäßigen Empfehlung der Expertengruppe heraus können die gefährlichsten Objekte und die gefährdetsten Gebiete in Nord- und Ostsee priorisiert benannt und mit vorgeschlagenen Maßnahmen Schritt für Schritt umwelt- und naturverträglich unschädlich gemacht werden;
19. sich zum Anlauf der Maßnahmen, auch unter Einbezug der EU, für die Schaffung eines ständigen Fonds der Anrainerstaaten auf freiwilliger Basis einzusetzen, aus dem die Expertengruppe, das Monitoring und die Ausschreibung für das Detektieren und das naturverträgliche Bergen von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee finanziert werden. Beispielgebend sind internationale Geberfonds, wie es sie in der Entwicklungspolitik unter dem Dach der Vereinten Nationen mit guten Erfahrungen gibt. Im Falle der Munitionsaltlasten könnten Institutionen der EU ei-

nen stabilen Rahmen zur Verfügung stellen oder vorzugsweise auch die Strukturen von HELCOM. Die von den Experten vorgeschlagenen Maßnahmen sollen international ausgeschrieben und flexibel aus diesem Geberfonds finanziert werden können;

20. durch Technologie- und Wissenschaftsförderung die Fähigkeiten der deutschen maritimen Unternehmen zu unterstützen und in einem internationalen Beitrag als Teil der deutschen Exportwirtschaft – auch über Wissenstransfer – diese Leistungen global zu platzieren.

Berlin, den 4. Mai 2021

Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion
Dr. Rolf Mützenich und Fraktion

Begründung

Die Gefahren durch die Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee können durch geeignete Maßnahmen deutlich reduziert werden. Es ist zwar grundsätzlich wünschenswert, dass so schnell wie möglich so viele Kampfmittel wie möglich aus dem Meer geborgen und unschädlich gemacht werden, doch angesichts der großen Menge an Gefahrstoffen und der zu erwartenden Kosten ist ein Vorgehen, das auf einer sinnvollen und auf wissenschaftlichen Methoden basierenden Priorisierung beruht, unumgänglich. Durch wissenschaftliche Risikoanalysen können die Objekte mit dem größten Gefahrenpotential ausgemacht und durch deren Entsorgung die Gefahren für Mensch und Umwelt bereits signifikant reduziert werden. Die Bergung von Munitionsaltlasten ist sicherheitsrelevant, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass Extremisten dieser habhaft werden.

Die historischen Verantwortlichkeiten sind vielfältig und nicht allein auf deutscher Seite zu suchen. Seit dem Jahr 1870 wurden von unterschiedlichen Staaten und Kriegsteilnehmern Kampfmittel in der Nord- und Ostsee verklappt, Seegebiete und Schifffahrtsrouten gezielt vermint sowie viele Blindgänger abgeworfen. Hinzu kommen die in versenkten Wracks verbliebenen Munitionsbestände. Viele Objekte wurden in jüngerer Zeit detektiert und katalogisiert, andere wiederum sind in historischen Archiven gut dokumentiert. Schwierig wird es vor allem dort, wo aufgrund mangelnder Transparenz bei der internationalen Zusammenarbeit mögliche Versenkungsgebiete geheim gehalten werden.

Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage muss es Ziel sein auf Basis des Vorsorgeprinzips, ohne langwierige Klärung historischer Verantwortlichkeiten zwischen den Anrainern erste Schritte zur sicheren Bergung und Unschädlichmachung von Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee zu unternehmen. Deutschland sollte hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

Neben den positiven Effekten durch die Entlastung der Umwelt und der Vermeidung möglicher Gesundheitsgefahren werden dadurch auch die maritime Wirtschaft, sowie Entsorgungsspezialisten adressiert und eingebunden. Das führt zu stetig steigender Effizienz, und sinkenden Preisen aber auch zur Schaffung von mehr Kapazitäten und Arbeitsplätzen in diesem Bereich.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333

Baltic Sea Parliamentary Conference Secretariat
www.bspc.net

BSPC Secretariat
Schlossgartenallee 15
19061 Schwerin
Germany